Friedhelm Boll

Arbeitskampf und Region.
Arbeitskämpfe, Tarifverträge und Streikwellen im
regionalen Vergleich 1871–1914

I

Die mobilisierende Wirkung von Streiks, vorzüglich natürlich die der erfolgreichen, war ein Gemeinplatz der frühen Arbeiterbewegung. Der sprunghafte Anstieg von gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen gerade in Jahren besonders intensiver und häufiger Arbeitskämpfe belegt diese Mobilisierungsfunktion¹. Hat sich dies auch in sozialdemokratische Wählerstimmen umgesetzt? Diese Kernfrage begründet die Aufnahme eines Streikbeitrags in einen überwiegend wahlhistorisch ausgerichteten Sammelband. Jedoch ist nicht an eine Fallstudie zur direkten Abhängigkeit oder Beeinträchtigung² von Wahl- und Arbeitskämpfen gedacht. Vielmehr sollen einige *Grundmuster der Mobilisierung durch Arbeitskämpfe* herausgestellt werden, wobei Streikwellen und regionale Unterschiede im Vordergrund stehen. Das wellenhafte Auf und Ab von Phasen überwiegend erfolgreicher Streik- und Organisationskämpfe und Zeiten vermehrter Niederlagen und Rückschläge soll die traditionelle, gelegentlich auch wahlarithmetisch gestützte Sicht eines kontinuierlichen, unaufhaltsamen Aufstiegs der sozialdemo-

¹ James E. Cronin, Streiks und gewerkschaftliche Organisationsfortschritte: Großbritannien und Kontinentaleuropa 1870–1914, in: Wolfgang J. Mommsen, Hans-Gerhard Husung (Hrsg.), Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880–1914 (Stuttgart 1984) 79–108; Friedhelm Boll, Streikwellen im europäischen Vergleich, ebda. 109–135; im folgenden zitiert: Boll, Streikwellen; Klaus Tenfelde, Konflikt und Organisation in der Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ebda. 256–276.

² Systematische Untersuchungen über den positiven oder negativen Zusammenhang von Wahlen und Arbeitskämpfen liegen für den deutschen Sprachraum meines Wissens nicht vor. Thematisiert wird dieses Problem im allgemeinen in einschlägigen Studien zur gewerkschaftlichen Gründungsphase Ende der 1860er Jahre sowie in solchen zur Novemberrevolution. Siehe z. B.: Dietrich Milles, „... aber es kam kein Mensch nach den Gruben, um anzufahren“. Arbeitskämpfe der Ruhrbergarbeiter 1867–1878 (Frankfurt/New York 1983) 73 ff., 236 ff.; Lotbar Machtan, Streiks im frühen deutschen Kaiserreich (Frankfurt/New York 1983) 26 ff. und passim; im folgenden zitiert: Machtan, Streiks; Heinrich Volkmann, Die Streikwellen von 1910–13 und 1919–20: Kontinuität oder Diskontinuität der Arbeitskämpfentwicklung? in: Jürgen Bergmann u. a., Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest (Opladen 1986) 220–250; im folgenden zitiert: Volkmann, Streikwellen.

kratischen Arbeiterbewegung korrigieren³. Zudem hilft die methodisch begründete Berücksichtigung der quellenmäßig besser abgesicherten Streikwellen (um 1870 und um 1890), die insgesamt ungünstige Lage der Streikdaten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu überbrücken⁴. Die schwierige Datenlage und der begrenzte Raum erlauben nur einen groben, vorwiegend quantitativ abgestützten Überblick, der auf regionale und lokale Ursachen und Zusammenhänge nur in Ausnahmefällen exemplarisch eingehen kann. Der Beitrag zeichnet sich daher vor allem durch seinen Hinweischarakter aus, der bisher wenig beachtete regionale Unterschiede im sozialen Klima des Kaiserreichs stärker akzentuiert – Unterschiede, die in ihrer langfristigen Auswirkung bis in die Deutsche Revolution von 1918/19 noch nicht hinreichend erforscht sind.

Die näher untersuchten Grundmuster der Mobilisierung durch Arbeitskämpfe zeigen verblüffende Parallelitäten zur historischen Wahlforschung⁵. Dazu gehören: 1. das Ineinandergreifen von Eigen- und Fremdmobilisierung, das sich nicht nur zwischen Parteien, sondern auch zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern beobachten läßt; 2. die Zuspitzung der Arbeitskämpfe ab 1909/1910, die im Zusammenhang mit der zunehmenden parlamentarischen Isolierung der SPD gesehen werden sollte; 3. die krassen Unterschiede in der regionalen Streik- und Tarifvertragsverteilung, die – unabhängig von ihrer industriestrukturellen Bedingtheit – auch mit regionalen und konfessionellen Unterschieden des deutschen Parteienwesens verglichen werden können; 4. das Auseinanderklaffen von punktueller Mobilisierung bei Streiks oder Wahlen einerseits und dauerhafter Mobilisierung bei Partei- bzw. Gewerkschaftsmitgliedschaft. Hierbei ließ sich eine Art Zentrum-Peripherie-Modell beobachten: Während in den großstädtischen Hochburgen der Sozialdemokratie punktuelle und dauerhafte Koalition parallel verlaufen, fallen im kleinstädtischen Milieu nicht selten relativ hohe Streik- und Wahlbeteiligung und niedriger Organisationsgrad deutlich auseinander. Ähnliche Diskrepanzen können auch für die Unterschiede zwischen Arbeitskampf und Organisationsverhalten von Frauen und Jugendlichen sowie im Falle von Bergbau- und Textilregionen konstatiert werden, wo die Streikbeteiligung nicht selten über, die Organisationsmitgliedschaft jedoch weit unter dem Durchschnitt lagen.

Die hier vorgelegten Ergebnisse geben erneut Veranlassung, nicht nur über Parallelitäten zwischen Wahl- und Arbeitskampfantwicklung, sondern auch über deren Zusammenhänge nachzudenken. So verdienen einige süddeutsche Bundesstaaten nicht

³ Erinnert sei an die These Friedrich Engels', daß sich der Zeitpunkt des „schließlichen Sieges“ der Sozialdemokratie „schon jetzt mathematisch berechnen läßt“, zitiert nach *Hans-Josef Steinberg*, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg (Bonn-Bad Godesberg 1972) 68. – Zur Kritik an einer allzu evolutionistischen Sicht der Arbeitskampfantwicklung siehe *Machtan*, Streiks, Einleitung sowie *Friedhelm Boll*, Streik, Streikwellen, Organisationsprobleme. Zu neueren Trends in der Streikforschung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* XXVI (1986) 495–512; im folgenden zitiert: *Boll*, Trends in der Streikforschung.

⁴ Zur Problematik der Streikdaten siehe: *Klaus Tenfelde, Heinrich Volkmann* (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung (München 1981), Anhang; im folgenden zitiert: *Tenfelde, Volkmann*, Streik.

⁵ Siehe beispielsweise die Beiträge von G. A. Ritter, P. Steinbach, B. Mann und A. v. Saldern in diesem Band.

nur wegen ihrer liberaleren politischen Verhältnisse besondere Beachtung. Nicht selten trafen hier eine besonders niedrige Streikbeteiligung mit relativ guten Ergebnissen im Gewerkschafts- und Tarifvertragsbereich zusammen, so daß – mindestens bis 1906 – auf ein „milderes“ soziales Klima geschlossen werden kann. Im Gegensatz dazu ist für einige nord- und mitteldeutsche Zentren der Arbeiterbewegung der offenkundige Gegensatz zwischen extrem hohen Organisations-, Streik- und Tarifvertragsbeteiligungen und Erfolgen in diesen Bereichen einerseits und der Ausschließung vom politischen Leben (Landtagswahlrechte) als erheblichem, spannungstreibenden Element zu konstatieren, ohne daß diesem Komplex hier weiter nachgegangen werden kann⁶.

II

Die bundesrepublikanische Streikforschung der letzten zehn bis fünfzehn Jahre war von einer gewissen Gegensätzlichkeit der Ansätze gekennzeichnet⁷. In vornehmlich quantitativ angelegten, anfangs modernisierungstheoretisch beeinflussten Studien hatten vor allem H. Kaelble und H. Volkmann eine säkulare Tendenz zum konjunkturangepaßten, kostengünstigeren, den Arbeitskampf mittels Tarifvertrag tendenziell ersetzenden Konfliktverhalten ausgemacht⁸. Diese anfangs überwiegend positive Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung wurde von G. A. Ritter und anderen gestützt, die neben dem rapiden Anstieg des Tarifvertragswesens auch in der Zunahme sozialdemokratischer Beteiligung in Kommunalparlamenten und Sozialversicherungen sowie in einer partiellen Überlappung von bürgerlich-hegemonialer und Arbeiterkultur eine partielle, regional zu differenzierende *Abschleifung*

⁶ Von einem „milderen Gepräge“ der politischen Arbeiterbewegung in Süddeutschland (besonders in Baden, Württemberg und Hessen) aufgrund der größeren Zurückhaltung der Behörden sprechen: *Walter Troeltsch, Paul Hirschfeld*, Die deutschen Sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896–1903 (Berlin [2] 1907) 76; im folgenden zitiert: *Troeltsch, Hirschfeld*, Gewerkschaften. – Über die spannungstreibende Wirkung der Diskrepanz von ökonomischen Erfolgen und politischer Rechtlosigkeit siehe exemplarisch: *Friedhelm Boll*, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover (Bonn 1981) 133 ff., 142; im folgenden zitiert: *Boll*, Massenbewegungen.

⁷ *Klaus Tenfelde, Heinrich Volkmann*, Streik, Einführung sowie darin die Beiträge von *Gerald D. Feldman*, Streiks in Deutschland 1914–1933: Probleme und Forschungsaufgaben, 274 ff.; *Ilse Costas*, Arbeitskämpfe in der Berliner Elektroindustrie 1905 und 1906, 103 ff. (jeweils mit methodisch kritischen Anmerkungen zum Stand der Forschung). Siehe auch *Boll*, Trends in der Streikforschung.

⁸ *Heinrich Volkmann*, Modernisierung des Arbeitskampfes? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975, in: *Hartmut Kaelble u. a.*, Probleme der Modernisierung in Deutschland (Opladen 1978) 110–170; im folgenden zitiert: *Volkmann*, Modernisierung; *ders.*, Organisation und Konflikt. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und die Entwicklung des Arbeitskonflikts im späten Kaiserreich, in: *Werner Conze, Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten (Stuttgart 1979) 422–438; im folgenden zitiert: *Volkmann*, Organisation und Konflikt.

der *Klassengegensätze* erblickten⁹. In jüngeren Einzelfallstudien und Analysen spezifischer Arbeitermilieus (Bauarbeiter, Hafenarbeiter, Messerschleifer, Elektroindustriearbeiter u. a.) haben sich vorwiegend kritische Stimmen zu Wort gemeldet, die bewußt oder unbewußt geeignet waren, Karl Kautskys These von 1909 zu stützen, derzufolge mit „rein gewerkschaftlichen Methoden“ kaum noch größere Erfolge zu erringen seien¹⁰. Waren nun die deutschen Gewerkschaften vor 1914 in eine Sackgasse geraten oder war Kautskys Meinung nur ein stimmungsmäßiger Reflex des Konjunkturabschwungs von 1908/09? K. Schönhoven hat in einem abwägenden Aufsatz beide Positionen gegenübergestellt, ohne jedoch zu einem eindeutigen Urteil zu kommen¹¹. Eingehend ließ er eine lange Reihe von meist aussperrungsbedingten Niederlagen und äußerst unbefriedigenden, die innerverbandlichen Konflikte anheizenden Kompromisse zwischen 1909 und 1914 Revue passieren und belegte auf diese Weise eine *gravierende* Zuspitzung der Verteilungskämpfe¹². Ob die Gewerkschaften am Vorabend des Weltkrieges an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit gelangt waren, will Schönhoven zu Recht nicht entscheiden. Feststeht, daß sie aufgrund wachsender Unternehmerrmacht, sprunghaft ansteigender Aussperrungspraxis, rapidem Anwachsen wirtschaftsfriedlicher Verbände und antigewerkschaftlicher Rechtsprechung noch nie so sehr in ihrer Manövrierfähigkeit eingeschränkt waren wie seit 1909. Der Verlauf des Münchener Gewerkschaftskongresses von 1914 beweist, daß sie mit dem Rücken zur Wand standen¹³. Erst die durch den Krieg erzwungene Kooperation mit der Arbeitgeberseite und die ab 1917 einsetzende Streikwelle befreite die Gewerkschaften aus dieser Lage.

Die Führung von Lohnbewegungen und Streiks gehörte in völligem Widerspruch zu den Intentionen der sozialdemokratischen Arbeitervereinsgründern der 1860er Jahre zu einem der beiden Hauptbetätigungsfelder der deutschen Gewerkschaften.

⁹ Besonders prägnant: *Gerhard A. Ritter*, Sozialdemokratie und Sozialgeschichte 1909–1914. Zu einer neueren Darstellung (AFS XVII, Bonn 1977) 458–466 (über *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges [Frankfurt u. a. 1973]); – *Jürgen Kocka* unter Mitarbeit von *Elisabeth Müller-Luckner* (Hrsg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich (München 1986) 325 ff. (Zusammenfassung Kocka).

¹⁰ Siehe die Beiträge von *Ilse Fischer*, *Michael Grüttner* und *Ilse Costas* in: *Tenfelde/Volkmann*, Streik, sowie *Rudolf Boch*, Handwerker – Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914 (Göttingen 1985).

¹¹ *Klaus Schönhoven*, Arbeitskonflikte in Konjunktur und Rezession. Gewerkschaftliche Streikpolitik und Streikverhalten der Arbeiterschaft vor 1914, in: *Tenfelde/Volkmann*, Streik, 177–194 (Zitat 177); im folgenden zitiert: *Schönhoven*, Arbeitskonflikte.

¹² So auch *Klaus Saul*, Zwischen Repression und Integration. Staat, Gewerkschaften und Arbeitskampf im Kaiserlichen Deutschland 1884–1914, in: *Tenfelde/Volkmann*, Streik, 209–236; ders., „Verteidigung der bürgerlichen Ordnung“ oder Ausgleich der Interessen? Arbeitgeberpolitik in Hamburg-Altona 1896–1914, in: *Arno Herzig*, *Dieter Langewiesche*, *Arnold Sywottek* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg (Hamburg 1983) 261–282.

¹³ *Klaus Schönhoven*, Arbeitskonflikte, 192; ausführlich: *Klaus Saul*, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich (Düsseldorf 1974) 382 ff.

Die zweite Hauptbeschäftigung bestand nicht wie beim vorbildhaften britischen Gewerkschaftswesen im Aufbau starker Unterstützungskassen – dies gelang erst nach Abklingen der staatlichen Repression gegen Ende des Jahrhunderts –, sondern in der mündlichen und schriftlichen Agitation, vor allem in der Herausgabe eines Verbandsorgans¹⁴. Die ersten hauptamtlich bezahlten Funktionäre waren daher nicht selten Kassierer, reisende Agitatoren und Redakteure in einer Person. Angesichts der Bedeutung der Lohn- und Streikkämpfe kann es nicht überraschen, daß gerade in Zeiten intensiver Arbeitskämpfe die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen besonders in die Höhe schossen. Die außerordentliche Hochschätzung der Arbeiterstatistik bei Gewerkschaftsführern¹⁵ hatte zur Folge, daß auch dieses Problem durch eine spezielle Statistik genauer dokumentiert wurde.

Tabelle 1: Beteiligung an Streiks und Aussperrungen nach Geschlecht 1900–1914 (in Tausend)

	Männer	v. H.	Frauen	v. H.	gesamt	v. H.
6 Monate vorher organisiert	1 477	52	76	30	1 553	50
bei Beginn organisiert	1 945	68	144	57	2 089	67
Gesamtbeteiligung (Organisierte und Nichtorganisierte)	2 850	100	252	100	3 102	100

Quelle: Statistische Beilage zum Correspondenzblatt. 1901–1915 (Eigenberechnung). Nicht berücksichtigt sind die Jahre 1903, 1904¹⁶.

Die Monate der Streikvorbereitung wurden von einem großen Teil der Arbeiterschaft zum Gewerkschaftsbeitritt benutzt, allerdings in sehr unterschiedlicher Verteilung: Etwa ein Viertel aller zu Beginn der Arbeitskämpfe organisierten Männer war in den vorangegangenen 6 Monaten den Verbänden beigetreten. Bei den Frauen sah es jedoch anders aus. Etwa die Hälfte der zu Streikbeginn organisierten Frauen hatte den Gewerkschaftsbeitritt erst im vorangehenden halben Jahr vollzogen. Diese Unterschiede können nicht einer grundsätzlichen Abneigung von Arbeiterinnen gegenüber den Gewerkschaften zugeschrieben werden. Ihre geringe Teilnahme am Gewerkschaftsleben hat zweifellos ihre Ursachen in spezifischen Lebens- und Arbeitsperspektiven (Hauptberufstätigkeit begrenzt auf wenige Jahre vor der Ehe bzw. vor dem Mutterwerden; überwiegend ungelehrte Berufstätigkeit) auch nicht in einer Ablehnung des Streiks. Daher sahen sie sich durch bevorstehende Streiks stärker als ihre männlichen Kollegen zum Gewerkschaftsbeitritt veranlaßt. In die gleiche Richtung weist eine Untersuchung der Streikbeteiligung von Frauen in einigen ausgewählten

¹⁴ Siehe die bekannte Gewerkschaftstafel von A. Geib (1878), abgedruckt bei Hermann Müller, Die Organisation der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (Berlin/Bonn 1978) Reprint, 468 f.; im folgenden zitiert: Müller, Lithographien.

¹⁵ Siehe die ab Ende der 1880er Jahre emporschnellende Zahl der Statistischen Erhebungen gewerkschaftlicher Zentralverbände über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

¹⁶ Berechnet nach Willy Albrecht, Friedhelm Boll, Beatrix W. Bouvier, Rosemarie Leuschen-Seppel, Michael Schneider, Frauenfrage und deutsche Sozialdemokratie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der zwanziger Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979) 459–510, hier 496 ff.

„Frauenberufen“. Bei Buchbinderinnen, Schneiderinnen, Tabak- und Textilarbeiterinnen lag die Streikbeteiligung eher über als unter der ihrer männlichen Gewerkschaftskollegen¹⁷.

Trotz der starken Mobilisierung in der Vorstreikphase waren bei den gewerkschaftlich registrierten Streiks zwischen 1900 und 1914 nur 57% der Frauen, aber 68% der Männer gewerkschaftlich organisiert. Besonders während der Jahre der Streikwellen z. B. 1905/06 oder 1910/12 stieg der Organisationsgrad der Frauen rapide an¹⁸.

Ähnliches gilt auch für Jugendliche und Jungarbeiter, so daß es in Gewerkschafts- und Polizeiberichten immer wieder zu Klagen kam über die von angeblich unbedachten, jugendlichen Elementen inszenierten Streiks¹⁹. Dies war keineswegs ein besonderes Kennzeichen der Massenbewegungen von 1917/20 gewesen, hatte doch schon der führende Politiker des „Neuen Kurses“, von Berlepsch, sich 1890 veranlaßt gesehen, eine besondere Untersuchung über jugendliche Streikagitatoren in Auftrag zu geben, die jedoch ohne nennenswerte Resultate geblieben war²⁰.

Daß der in Streikzeiten „zur Schau getragene Enthusiasmus“ gelegentlich „nur ein Strohfeuer“ war, wußten die Gewerkschaften²¹. Noch ausgeprägter läßt sich das massive Hineinströmen der Arbeiterschaft in die Gewerkschaften für Phasen intensiver und häufiger Arbeitskämpfe feststellen, wobei den Jahren der Euphorie auch regelmäßig Zeiten des resignativen Fernbleibens folgten. In diesem Sinne ist die Streik- und Organisationswelle der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre kein Einzelfall gewesen. Vielmehr können wir für die gesamte Zeit des Kaiserreichs, ja selbst für die Jahre davor und danach, eine ganze Reihe derartiger Entwicklungsschübe feststellen, die von mehr oder weniger tiefgehenden Rückschlägen unterbrochen wurden. Dieses in Deutschland gelegentlich unterschätzte Grundmuster der Arbeitermobilisierung wurde unter dem Stichwort der Streikwellen nicht nur für die deutsche, sondern gerade auch für die englische und französische Streikgeschichte beschrieben. Man bezeichnet damit eine außerordentliche Häufung von Arbeitskämpfen innerhalb weniger Jahre, wobei auf der Basis einer günstigen Wirtschaftskonjunktur eine fast epidemieartige Ausbreitung von Streiks, ein enormes Anwachsen der Gewerkschaften (um das Doppelte und Dreifache) und nicht zuletzt auch gewerkschaftsstrukturelle und politi-

¹⁷ Ebda., 500f.

¹⁸ Ebda., vgl. Tabellen 8 und 16.

¹⁹ Gerald D. Feldman, Eberhard Kolb, Reinhard Rürup, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahresschrift XIII (1972); Boll, Massenbewegungen, 207 ff.

²⁰ Karl Oldenberg, Arbeitseinstellungen in Deutschland, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 1 (Jena 1909) 948; im folgenden zitiert: Oldenberg, Arbeitseinstellungen. Eine grundlegende Einschränkung der Freizügigkeit von Jugendlichen hatte sich nicht durchsetzen können. Siehe: Hans-Jörg von Berlepsch, „Neuer Kurs“ im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn von Berlepsch 1890 bis 1896 (Bonn 1987) 21 ff.; im folgenden zitiert: Berlepsch, „Neuer Kurs“.

²¹ Zitiert nach Klaus Schönhoven, Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914 (Stuttgart 1980) 109; im folgenden zitiert: Schönhoven, Expansion.

sche Umbrüche als herausragende Charakteristika vermerkt werden²². Diese „nachgerade rhythmischen Beziehungen zwischen Konfliktverhalten und Organisationsbildung“ wurden aufgrund der international sich angleichenden Wirtschaftskonjunkturen seit 1857 auch als „europäische Klassenkampfwellen“ bezeichnet, die sich um die Jahre 1870, 1890, 1905/06, 1910/12 und um 1919/20 in fast allen europäischen Industriestaaten abgespielt haben²³. Die erwähnten Jahreszahlen weisen auf den engen hier nicht im einzelnen auszulotenden Zusammenhang dieser Streikwellen mit politischen Großereignissen hin. Für die deutsche Situation seien kurz einige Stichworte angegeben, die die Bedeutung dieser Streikwellen erhellen können: Unter dem Druck der mittels Streik- und Lohnbewegungen aktivierten Arbeiter sahen sich die anfangs gewerkschaftsfeindlich eingestellten Arbeitervereinsbewegungen lassalleanischer oder liberaler Prägung ab 1868 gezwungen, Gewerkschaften zu gründen. Im Verlauf der Streikwelle der Jahre 1860/70 und 1871/73 fiel ein Kernstück der Lassalleschen Agitation, das ehernen Lohngesetz, und die Nachfolger des ADAV-Gründers bewährten sich als die profiliertesten Gewerkschaftsgründer und Streikführer. Ähnlich grundlegende Veränderungen im politischen und gewerkschaftlichen Raum waren auch mit der Streikwelle der Jahre 1889/90 verbunden. Erinnert sei an das Scheitern des Sozialistengesetzes, den Sturz Bismarcks, den „Neuen Kurs“, aber auch an die Welle von Zentralverbandsgründungen bis hin zur Einrichtung der „Generalkommission“ der Gewerkschaften²⁴. Die berühmte Massenstreikdebatte ist ohne die Streikwelle von 1905/06 und die in ihrem Gefolge stattgefundenen Revolutionen in Rußland und Russisch-Polen undenkbar, ebenso wie die gesamte Rätebewegung untrennbar mit den Weltkriegs- und Revolutionsstreiks 1917–20 verknüpft ist.

Bekannte Tatsachen, wie die erwähnten, gewinnen gelegentlich eine neue Bedeutung, wenn auf ihre inneren Zusammenhänge verwiesen wird. Der Ansatz der Streikwellen ist geeignet, entgegen der Sichtweite einer kontinuierlichen Rationalisierung des Arbeitskampfes durch Organisation die Momente der Diskontinuität stärker in den Blick zu nehmen²⁵. Streik und besonders Streikwellen haben auch immer ein beträchtliches Maß an Spontaneität und Freiheit, an elementarer Arbeiterbewegung und proletarischem Selbstbewußtsein parallel oder auch im Gegensatz zu den traditionellen Arbeiterorganisationen freigesetzt. Selbst eine besondere Art von Euphorie und proletarischer Festlichkeit läßt sich beobachten²⁶.

²² Siehe Anmerkung 1. Grundlegend dazu *Eric J. Hobsbawm*, *Considérations sur le „nouveau syndicalisme“ 1889–1926*, in: *le mouvement social* 65 (1968) 71–80; *Edward Shorter, Charles Tilly*, *Strikes in France 1830–1968* (Cambridge 1978) 104 ff.

²³ *Klaus Tenfelde*, *Zur Bedeutung der Arbeitskämpfe für die Entstehung der deutschen Gewerkschaften*, in: *Erich Matthias, Klaus Schönhoven* (Hrsg.), *Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart* (Bonn 1984) 28 f.

²⁴ *Schönhoven*, *Expansion*, 283 ff.

²⁵ Siehe die Diskussion bei *Volkman*, *Modernisierung*, und *Feldman*, *Probleme*.

²⁶ Ausführlich: *Michelle Perrot*, *Les ouvriers en grève, France 1871–1890*, 2 Bde. (Paris, La Haye 1974); im folgenden zitiert: *Perrot*, *grève*. Deutsche Beispiele finden sich bei: *Lothar Machtan*, *Streiks und Aussperrungen im Deutschen Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Dokumentation für die Jahre 1871 bis 1875* (Beihefte zur IWK 9, Berlin 1974); im folgenden zitiert: *Machtan*, *Dokumentation*.

Die hier grob skizzierten Merkmale einer Streikwelle sind nicht nur für die Nachkriegskämpfe 1918/20, sondern auch für die vorausgegangenen Streikwellen vielfach belegt. Dem ständigen Auf und Ab von Sieg und Niederlage, von plötzlichem Hervortreten einer durch die Gewerkschaften nur schwer zu dirigierenden Kampfaktivität kommt daher eine bisweilen unterschätzte Tradition zu. Die Streikeuphorie der Jahre 1869/73²⁷, die sich gegen Ende der 1880er Jahre in verstärktem Maße wiederholte²⁸, die Bergarbeiterausstände von 1889 mit ihrer immensen, über die Montanindustrie weit hinausreichenden Mobilisierungsfunktion²⁹, die nach dem sozialdemokratischen Reichstagswahlsieg vom März 1890³⁰ trotz des Widerstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit spontaner Macht losbrechende 1. Mai-Bewegung von 1890, die Vielfalt der Kämpfe von 1905/06, die rapide Zunahme der Wahlrechtsdemonstrationen und der 1. Mai-Streiks ab 1910, das Erstarken des Syndikalismus und das Aufbrechen eines deutlichen Konflikts zwischen Verbandsführungen und lokalen Gruppierungen in einigen Massengewerkschaften (Bergbau-, Metall- und vor allem Werftindustrie, Baugewerbe) ab 1912, die anhaltend hohe Zahl von Kontraktbrüchen bei Streikbeginn³¹ können dieser für Streikwellen typischen Basismilitanz zugerechnet werden³².

Darüber hinaus lassen sich in den Streikwellen des 19. Jahrhunderts bereits eine ganze Reihe von Elementen der „Modernisierung“ feststellen, wie konjunkturgerechtes Timing des Streiks, kurze Dauer und großer Beteiligungsgrad, überdurchschnittliche Erfolgsraten, plötzlicher Anstieg sogenannter kampffloser Bewegung ohne Streik und nicht selten auch die kollektive Vereinbarung eines „geregelten Tarifs“ oder gar eines Tarifvertrages³³. Nach den Berechnungen Volkmanns sind dies Entwicklungen,

²⁷ *Lothar Machtan*, „Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache ...“ Streikbewegungen der Industriearbeiter in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: *Tenfelde/Volkmann*, Streik, 52–73; im folgenden zitiert: *Machtan*, Streikbewegungen. *Perrot*, grève, 548 ff. *Ulrich Engelhardt*, Zur Entwicklung der Streikbewegungen in der ersten Industrialisierungsphase und zur Funktion von Streiks bei der Konstitutionierung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland (IWK 15, 1979) 547–569, hier 554, 556.

²⁸ Die besten Hinweise geben *Ritter*, *Tenfelde*, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung, in: *Heinz Oskar Vetter* (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung (Köln 1975) 61–120, hier 84 ff.; im folgenden zitiert: *Ritter/Tenfelde*, Durchbruch.

²⁹ *Ritter*, *Tenfelde*, Durchbruch, 86 f.

³⁰ Die Bedeutung des 1. Mai 1890 als Höhe- und Wendepunkt der Streikwelle wird allgemein geteilt. *Ritter*, *Tenfelde*, Durchbruch, 88; *Schönhoven*, Expansion, 98 f.

³¹ *Volkmann*, Streikwellen, 236. (Betroffen waren 1910–1913 42% aller Streikenden und Ausgesperrten gegenüber 57,5% 1919.)

³² *Cronin*, Streiks und gewerkschaftliche Organisationsfortschritte; *Boll*, Streikwellen.

³³ Der enge Zusammenhang von kollektiver Lohnfestsetzung und Arbeitskampf gehörten zum zünftigen Handwerk ebenso wie die Praxis der „Lohnlisten“ oder des „Tarifs“ zum textilindustriellen Hausgewerbe, siehe z.B. *Dieter Dowe*, Legale Interessenvertretung und Streik. Der Arbeitskampf in den Tuchfabriken des Kreises Lennep (Bergisches Land) 1850, in: *Tenfelde, Volkmann*, Streik, 31–51; *Arno Herzig*, Organisationsformen und Bewußtseinsprozesse Hamburger Handwerker und Arbeiter in der Zeit 1790–1848; in: *ders. u.a.* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg (Hamburg 1983) 95–108. Die Praxis des ortsüblichen Lohnes, seines Aushandelns und seiner kollektiven Veränderung wäre genauer zu untersuchen; als Beispiel *Dirk Müller*, Binnenstruktur

die erst als Folgen der zunehmenden Organisierung des Kapitalismus nach der Jahrhundertwende zu erwarten wären. Damit soll keineswegs der gravierende Wandel bestritten werden, den die Arbeitskämpfe zwischen der Reichsgründungszeit und der Weimarer Republik durchgemacht haben. So stieg der Anteil der gewerkschaftlich geführten Arbeitskämpfe von ca. $\frac{1}{5}$ (1871/75) auf $\frac{4}{5}$ bis 1914³⁴. Gleichzeitig hat der Streik ab etwa 1895/96 eine Alltäglichkeit erlangt, die er vorher nur in wenigen Jahren der Streikwellen besaß. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch die verstärkte Anwendung des zentralen antigewerkschaftlichen Kampfmittels der Aussperrung ab etwa 1903, so daß die Kämpfe von 1910/12 fast stärker als Aussperrungs- denn als Streikwellen zu deklarieren sind³⁵.

Dennoch lassen sich bei einer differenzierten Analyse einiger wichtiger Formkategorien des Arbeitskampfes (Dauer, Häufigkeit, Beteiligung, Anzahl der betroffenen Betriebe, Erfolge und Konjunkturabhängigkeit) schon für die Streikwellen von 1871/73 und 1889/90 Werte finden, die nach bisherigem Kenntnisstand erst in der Vorweltkriegszeit üblich waren. Viele dieser Leistungen, die bisher der entwickelten Organisation der Konfliktparteien, d.h. den gewerkschaftlichen und unternehmerischen Zentralverbänden zugeschrieben wurden, kommen offenbar weitaus stärker den handelnden Betriebsbelegschaften und lokalen Gewerkschaftsgliederungen zu. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Entschluß zum Streik bis 1914 eine Domäne der Belegschaften geblieben ist. Die Anzahl der nur einen Betrieb umfassenden Streiks hat bis 1914 bei ca. $\frac{1}{4}$ aller Streiks mit 45% bis 50% aller Streikenden gelegen³⁶.

Die *Dauer* der Arbeitskämpfe hat in der Formwandelanalyse eine entscheidende Rolle gespielt. Aufgrund älterer Daten war Volkmann noch davon ausgegangen, daß für die Jahre bis etwa 1890 von einem überwiegenden Protestcharakter der Streiks gesprochen werden müsse, der sich vor allem in der großen Zahl von Einzelstreiks einerseits und einer ebenfalls hohen Zahl sehr langer, konjunkturell ungünstiger Arbeitskämpfe geäußert habe. Aufgrund jüngerer Erhebungen läßt sich diese Annahme nicht halten. Die durchschnittliche Streikdauer entsprach 1871/75 schon den Werten der Vorkriegszeit. Eine signifikante Verkürzung der Dauer der Arbeitskämpfe traf erst ab 1918 ein, erreichte jedoch in der Mittelphase der Weimarer Republik wieder das Vorkriegsniveau. Bei der *durchschnittlichen Beteiligung* an Streiks und Aussperrungen stellt sich wiederum erst die Weltkriegs- und Revolutionszeit als entscheidende Wendemarke heraus. Schwankte der Wert von 1899 bis 1914 zwischen ca. 60 und 200, so lag er nach 1918 bei 400–600 Beteiligten pro Arbeitskampf³⁷.

und Selbstverständnis der „Gesellschaft“ der Berliner Zimmerer im Übergang von der handwerklichen zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung, in: *Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert* (Stuttgart 1984) 627–636.

³⁴ Berechnet nach *Machtan*, Dokumentation, und für die Jahre ab 1899 nach der Reichsstatistik.

³⁵ Vergleich der Anzahl der Streikenden mit der der Ausgesperrten. Zahlenangaben bei *Tenfelde, Volkmann*, Streik, Anhang.

³⁶ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 269 (Berlin 1913) 2*.

³⁷ *Volkmann*, Modernisierung, 123.

Das hier dokumentierte Auf und Ab der Arbeitskämpfe erfuhr gegen Ende des 19. Jahrhunderts, d.h. mit dem 1895 einsetzenden Konjunkturaufschwung eine partielle, nicht aber grundlegende Änderung. Während die Streikwellen um 1872 und 1889/90 durchaus Vorkriegsniveau erreichten, fiel die Zahl der Ausstände in der Zwischenphase fast auf Null zurück (siehe Tabellen 1 und 4). Dem Aufbäumen folgten Jahre der fast gänzlichen Ruhe.

Tabelle 2: Hoch- und Tiefpunkte der Streikwellen in Deutschland

Jahr	Arbeitskämpfe	Beteiligte	Ø Beteiligte pro Arbeitskampf
1871	157	64 300	409
1872	362	108 800	308
1875	88	5 362	123
1879	15		
1881	15		
1886	77		
1889/90	1 131	394 440	349
1893*	150	10 000	67
1900	1 468	131 888	90
1901	1 091	60 776	57
1905	2 657	526 810	198
1906	3 626	349 327	96
1908	1 524	112 110	74
1910	3 228	369 807	115
1912	2 834	481 094	170
1915	141	15 238	108
1919**	3 719	2 132 547	573

Quellen: Tenfelde, Volkmann, Streik, Anhang; für 1889/90 u. 1893: Oldenberg, Arbeitseinstellungen; ab 1900 handelt es sich um die Daten der Reichsstatistik.

Bemerkungen:

* Schätzwert auf der Basis der für Preußen, Hamburg, Bayern und Baden bekannten Fälle.

** Nur wirtschaftliche Streiks und Aussperrungen. Für die Hamburger Zahlen siehe Tabelle 4.

In Tabelle 2 sind immer die Maxima und Minima der Kurve angegeben. Dadurch wird die enorme Schwankungsbreite der Arbeitskämpfentwicklung angedeutet. Auch wenn in den Zählungen vor 1890 kleinere Arbeitskämpfe häufig nicht überliefert sind, zeigen die Fallsammlungen, daß gerade in den konjunkturrell günstigen Aufschwungjahren 1871/72 und 1889/90 eine große Zahl von Massenstreiks stattgefunden hat, so daß die durchschnittliche Beteiligung schon zu dieser Zeit den Stand der Vorkriegsjahre erreichte.

Die Häufigkeit, d.h. die Anzahl der Arbeitskämpfe pro Arbeiter unterstreicht zunächst das bereits bekannte Bild der starken Streikzunahme bis 1906. Dies ist jedoch nicht zuletzt einer starken Zunahme kleinerer Arbeitskämpfe zuzuschreiben. Umfangmäßig, gemessen an der Anzahl der Beteiligten pro Arbeiter, hatte die Streikwelle von 1889/90 bereits das Vorkriegsniveau erreicht und belegt somit ebenfalls die These, daß an diesen Zahlen ein „Modernisierungsfortschritt“ nicht ablesbar ist.

Tabelle 3: Häufigkeit der Arbeitskämpfe

	Arbeitskämpfe pro 100 000 Arbeiter	Beteiligte pro 1000 Arbeiter
1872	75	27
1889/90	157	55
1906	343	50
1912	287	46

Quellen: Anzahl der Arbeiter in Industrie (inclusive Bergbau, Baugewerbe und Handwerk), Handel und Verkehr nach: *Gerd Hoborst, Jürgen Kocka, Gerhard A. Ritter, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II* (München 1978) 67.

Tabelle 4: Arbeitskämpfe in Hamburg* und Berlin 1886–1895

Jahr	Arbeits- kämpfe	Hamburg direkt Beteiligte	Beteiligte pro Arbeits- kampf	Arbeits- kämpfe	Berlin direkt Beteiligte	Beteiligte pro Arbeits- kampf
1886	21	1 796	86	12	1 822	152
1887	21	3 206	153	9	1 318	146
1888	24	8 170	340	6	17 264	2 877
1889	31	6 245	201	20	34 187	1 709
1890	65	28 769	443	55	11 649	212
1891	16	1 334	83	46	2 901	63
1892	4	491	123	46	1 301	28
1893	7	800	114	46	1 681	37
1894	11	333	30	74	1 729	23
1895	13	424	33	73	1 796	25

Quellen: Hamburg: 1886–1890: *H. Bürger, Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890* (Hamburg 1899) 566f. sowie Aktenauswertung vom Staatsarchiv Hamburg, Politische Polizei (= PP), S 1621, S 2350, S 2830, S 3568, S 4160 Bd. III, S 4795, S 5310–1, S 5810–1, S 6670–1, S 7280–1 und Staatsarchiv Schleswig Nr. 10730.

Berlin: 1886–1895 Staatsarchiv Potsdam, Polizeipräsidium Berlin Rep 30 Bln C Tit 94 Nr. 8552, 8553, 5884, 8555, 8556 sowie Zentrales Staatsarchiv Merseburg Rep 120 BB VI Nr. 172.

Die Angaben für Berlin 1893–1895 beziehen sich auf die Zeit vom 1.10. des Vorjahres bis zum 30.9. des genannten Jahres. Sie umfassen Berlin und Charlottenburg.

* Hamburg inclusive Altona und Wandsbeck.

Die Arbeitskämpfe zwischen 1885 und 1895 sind für unsere Fragestellung nicht nur wegen ihres Modellcharakters für die weitere Gewerkschaftsentwicklung von Bedeutung. Sie zeigen, daß – entgegen der landläufigen Auffassung – ein den politischen und konjunkturellen Bedingungen angepaßtes Streikverhalten auch ohne ausgebautes Zentralverbandswesen möglich war. In diesen Jahren lag die Entscheidung zum Streik noch fast ausschließlich in der Kompetenz der Fach- bzw. Lokalvereine, die sich jedoch auf ein gut funktionierendes überregionales Kommunikationssystem (u.a. Gewerkschafts- und Arbeiterpresse) stützen konnten.

Die ab etwa 1884 ansteigende Zahl von Arbeitskämpfen erhielt 1888 eine fast dramatische Zuspitzung als mit einem kurzfristigen Konjunkturaufschwung auch die Löhne auf breiter Front in Bewegung gerieten und die antisozialdemokratischen Maß-

nahmen sich als unwirksam erwiesen. Die von der Fachvereinsbewegung getragenen Streiks dieser Jahre profitierten auch von einer Konzentration der sozialdemokratischen Kräfte auf diese Arbeit, was sich in einer langfristigeren Planung der Arbeitskämpfe niederschlug.

Einige Grundelemente dieser kontinuierlichen Lohnbewegungen seien kurz erwähnt: Zunächst suchten die Fachvereine für den eigenen besseren Überblick und zur Aufklärung der Berufskollegen über ihre eigene Lage, eine Statistik der am Ort üblichen Arbeits- und Lohnverhältnisse aufzunehmen. Aus dieser Beschäftigung mit den Berufsproblemen ging eine Lohnkommission hervor, meist durch Wahl in einer öffentlichen Versammlung, die Vorschläge für Verbesserungen ausarbeiten sollte. Der Tarifgedanke war das beherrschende Thema dieser meist den Winter über tagenden Kommissionen, die ihre Anregungen teils aus den Tarifbewegungen der frühen 1870er Jahre, teils aus Mitarbeit an Innungstarifen (Altgesellen), teils aus öffentlichen (Bau)tarifen bezogen. Die immer wieder in öffentlichen Gewerksversammlungen abgesprochenen Tarifvorschläge mündeten schließlich in einer „Lohnbewegung“ durch die Übersendung der „Gesellentarife“ an Innungen oder einzelne Arbeitgeber. Der Streik war keineswegs das zwangsläufige Ende einer solchen Lohnbewegung. Der deutsche Maurerverband erhielt 1889 von Streiks in 52 Orten Kenntnis. In weiteren 92 Orten waren jedoch Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung durchgeführt worden³⁸. Wir haben Beispiele eines oft mehrjährigen Prozesses von Tarifbearbeitungen, gegenseitigen Verhandlungen und gemischten Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Lohnkommissionen³⁹. Bis zur endgültigen Anerkennung eines Tarifs bedurfte es meist jedoch einiger partieller Streiks oder Betriebssperren, nicht selten jedoch auch eines generellen Streiks, deren Anzahl gerade aufgrund langjähriger Vorbereitung in den konjunkturell günstigen Jahren 1889/90 kumulierten⁴⁰. Der starke Wirtschaftsaufschwung nach jahrelanger Stagnation erklärt jedoch allein noch nicht die Massivität der Arbeitskämpfe von 1889/90. Auch politische Einflüsse machten sich äußerst stark bemerkbar: Wilhelms II. Regierungsantritt, die Politik des „Neuen Kurses“, die Begegnung mit den Bergarbeiterführern, die Kaisererlasse, die internationale Arbeiterschutzkonferenz (März 1890) waren Zeichen einer politischen Wende, die schließlich im Sturz Bismarcks ihren symbolischen Ausdruck fand⁴¹. Die in Arbeiterkreisen sich ausbreitende Euphorie, spontane Jubelfeiern anlässlich der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes (Januar 1890) und der sozialdemokratische Wahlsieg im Februar/März desselben Jahres, der diese Arbeiterpartei zur stärksten politischen Kraft im Reichstag machte (19,7% gegenüber 18,6% für das Zentrum), fanden ihre Fortsetzung in einer bis dato unbekannten Streikwelle⁴². Eine „siegessichere Stimmung unter den Arbeitern“ und

³⁸ Wolfgang Schröder, *Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit* (Berlin-DDR 1965) 41.

³⁹ Vielfältige Beispiele in: Heinrich Bürger, *Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890* (Hamburg 1899); im folgenden zitiert: Bürger, *Hamburger Gewerkschaften*.

⁴⁰ Siehe ebda. beispielsweise die Kämpfe der Böttcher (156 ff.), Schmiede (353 ff.), Schuhmacher (374 ff.) und Maurer (277 ff.).

⁴¹ Für den Zusammenhang jetzt: Berlepsch, „Neuer Kurs“.

⁴² Das Sozialistengesetz 1878–1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz (Berlin-DDR 1980) 302.

„eine allgemeine Spannung“ in anderen sozialen Schichten wurden für diese Monate konstatiert⁴³.

Die zeitliche Verteilung der Berliner Arbeitskämpfe von 1890 gibt Auskunft über die in der Arbeiterschaft vorhandene Euphorie. Von 35 Streiks des Sommerhalbjahres begannen nicht weniger als 28 zwischen Mitte April und dem 1. Mai. Vor dem 2. Wahlgang zum Reichstag im März war es in Berlin zu keinerlei Arbeitsniederlegungen gekommen. Lediglich in Charlottenburg hatten einige kleinere Streiks Ende März/Anfang April und drei Bauarbeiterausstände zwischen Juli und September stattgefunden⁴⁴. Eine kompaktere und durch die Fachvereine jahrelang vorbereitete und organisierte Ausstandsbewegung hatte es in Berlin noch nie gegeben. Günstiger konnte die Ausnutzung der politischen Konjunktur nicht ausfallen. Die Berliner Streiks des Sommerhalbjahres 1890 endeten zu 73 Prozent mit vollem Erfolg, und sie bestachen durch ihre relativ kurze Dauer (im Durchschnitt 16,4 Tage)⁴⁵. Die Entwicklung in Berlin war keineswegs die Ausnahme. Auch in Hamburg, dem damaligen Zentrum der deutschen Gewerkschaftsbewegung und in den anderen Bundesstaaten hatte sich eine ähnliche Ausnutzung der politisch günstigen Umstände und daher die Konzentration der Streiks auf die Monate März bis Mai ergeben⁴⁶. Schon im Frühsommer 1890 brach jedoch die günstige Wirtschaftskonjunktur wieder ab. Gleichzeitig wurde die deutsche Arbeiterbewegung unter dem konzentrierten Gegenangriff der vereinigten Hamburger Arbeitgeber an die Wand gedrängt, so daß zunächst ein fast allgemeiner Stillstand der Streiktätigkeit im ganzen Reich eintrat. Die dem ersten 1. Mai 1890 folgende Generalaussperrung in Hamburg hatte etwa 20 000 Arbeiter erfaßt (bis 5. 5. 1890), von denen Mitte Mai noch 8500, Mitte Juli noch 2500 unterstützt werden mußten⁴⁷. Die von Hamburg ausgehende Solidaritätswelle breitete sich über das ganze Reich aus. Streiks wurden eingestellt oder verschoben, Sammlungen unter dem Motto „für die Kämpfer um das Koalitionsrecht“ selbst in Süddeutschland, das gewerkschaftlich noch weit hinter dem Norden und der Mitte des Reiches zurücklag, veranstaltet. Allein aus Baden lassen sich nicht weniger als 35, wenn auch kleinere Geldsendungen nach Hamburg registrieren⁴⁸.

War es der „Siegesrausch vom 20. Februar“ 1890, der die Arbeiter in viele unbedachte Streiks geführt hatte, wie A. Bebel glaubte⁴⁹? Zweifelsohne hat es solche Ansteckungseffekte gegeben: Da animierten die Former einer Berliner Gießerei die Arbeiterinnen einer mechanischen Weberei auf der gegenüberliegenden Straßenseite, dem Streik beizutreten; da bemühten sich hochqualifizierte Dreher einer Gewehrfabrik um die Handarbeiter einer Ölmühle und die eines Asphaltwerkes, dem 1. Mai-

⁴³ *Bürger*, Hamburger Gewerkschaften, 464.

⁴⁴ Staatsarchiv Potsdam Rep 30 Bln Tit 94 Nr. 8553.

⁴⁵ Berechnet nach den tabellarischen Übersichten des Berliner Polizeipräsidenten, ebda.

⁴⁶ Quellen siehe Tabelle 4.

⁴⁷ *Bürger*, Hamburger Gewerkschaften, 493.

⁴⁸ Auswertung von „Abrechnung der Zentral-Kommission über die Aussperrung der Hamburger Arbeiter im Mai 1890“, in: Staatsarchiv Hamburg, Politische Polizei (= PP) S 1907.

⁴⁹ Zitiert nach „Hamburger Fremdenblatt“, 26. 1. 1890, in: Staatsarchiv Hamburg PP S 1907.

Ausstand zu folgen⁵⁰. Ähnlich in Hamburg, wo in aller Schnelle auch Fachvereine und Streiks für Holzpantoffelmacher, Fabrikarbeiter, Destillations- und Spritarbeiter, Gaswerker, Schlachter, Laternenanzünder und Plätterinnen organisiert wurden⁵¹. Für die Masse der 1890er Streiks gilt jedoch die gründliche, oft mehrjährige Vorbereitung, der Kampf um den „geregelten Tarif“, den man mehrfach gestartet, vielfach aber nur teilweise erreicht hatte. Von 90 bei Bürger aufgelisteten Streiks in Hamburg zwischen Januar 1885 und April 1890 gehörten allein 48 zu dieser Gruppe; 28 wurden gewonnen, 9 waren teilweise erfolgreich⁵². Derartige Generalstreiks ganzer Berufe sind in beiden Städten bis 1895 nicht wieder unternommen worden. Höhepunkt dieser aus der Fachvereinsbewegung heraus entstandenen jährlichen Lohnrunden bildete das Jahr 1889, das bisher viel zu sehr mit den Bergarbeiterausständen an Ruhr, Saar und in Oberschlesien identifiziert wurde. 1889 war in Berlin das kampfindensivste Streikjahr des 19. Jahrhunderts. Die meist zu niedrigen Schätzungen der Polizei bezifferten die Teilnehmerzahl der 17 Großstreiks Berlins auf etwa 34 000 Ausständige⁵³. Offenbar nicht mitgezählt sind kleinere Streiks und Sperren einzelner Betriebe. Insgesamt wird man annehmen können, daß die Anzahl der Streikenden in Berlin bis 1905 nicht mehr übertroffen wurde⁵⁴.

Die aus der Fachvereinsbewegung heraus initiierten und organisierten Lohnbewegungen dieser Jahre entwickelten eine starke mobilisierende Anziehungskraft, zu der die organisatorische Form der Durchführung entscheidend beitrug. Dabei stand die von Dirk Müller vorbildhaft untersuchte Praxis der Vollversammlungen nicht allein im Mittelpunkt⁵⁵. Vorbereitend wirkten auch hier die Aufnahme einer Berufsstatistik, die mehrmonatlichen Verhandlungen der Tariffkommissionen, das Ansammeln des Streikfonds' und die oft wochenlang sich hinziehenden Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite. Die sprunghaften Mitgliederzunahmen der Gewerkschaften zwischen 1887 und 1890 von 97 000 auf 294 000 sind daher nicht als nur parallele Begleitscheinungen von Streiks, sondern als gezielte Mitgliederwerbung zum Zweck der besseren Führung von Lohnbewegungen zu verstehen. Berechnet man den Zeitbedarf der Fachvereine für diese Tätigkeit, so läßt sich aufgrund polizeilicher Versammlungsberichte feststellen, daß gerade die Lokalvereine, die jährliche Lohnrunden praktizierten, zwischen Spätherbst und Frühsommer kaum andere Themen behandelten als die der Lohnbewegung. Dort, wo bereits ein Lohntarif bestand, war die Kontrolle des Tarifs – so wie bei britischen Gewerkschaften – ein fester Tagesordnungspunkt der regelmäßi-

⁵⁰ Ebda.

⁵¹ *Bürger*, Hamburger Gewerkschaften, 512f.

⁵² Ebda.

⁵³ Staatsarchiv Potsdam, Rep 30 Bln Tit 94 Nr. 8552, danach seien hier erwähnt die Streiks von 16 000 Maurern, 8000 Zimmerern, 2000 Bäckern, 4000 Malern und Anstreichern, 800–1000 Töpfern, die alle zwischen Mai und Juni begonnen hatten.

⁵⁴ Siehe Aufstellung in: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 279, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914 (Berlin 1915) 42.

⁵⁵ *Dirk Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918 (Berlin 1985).

gen Versammlungen⁵⁶. In den weiteren Umkreis der Lohnbewegung gehörte auch die Organisation eines (Gesellen-)Arbeitsnachweises (meist identisch mit der Gesellenherberge), damit bei partiellen Streiks oder Betriebssperren die Ausständigen sofort weitervermittelt werden konnten⁵⁷.

Die hier grob skizzierte Form der Organisierung der Arbeiterschaft als versammlungsdemokratische Lohnbewegung war keine Spezialität der Zentren Hamburg und Berlin. Wir finden sie ausweislich der Versammlungsberichterstattung in der Gewerkschaftspresse in allen Teilen des Reiches. Ohne Zweifel konnten die Fachvereine hierbei auf älteren bis in die Zunftzeit zurückreichende Traditionen aufbauen⁵⁸. Zur raschen Ausbreitung, Verfeinerung und vielfältigen Anwendung dieser spezifischen Form der jährlichen Lohnbewegungen (mit kalkulierter Streikfolge) hat weniger ein gelegentlicher Arbeiterkongreß oder eine Zentralverbandsgründung als die Gewerkschaftspresse beigetragen, die sich – wie Albrecht nachgewiesen hat – neben den Hilfskassen als die zentrale Stütze der Fachvereinsbewegung herausstellte⁵⁹.

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften ist ohne ihre starke Involvierung in das Arbeitskampfgeschehen nicht denkbar. Keine der vergleichbaren westeuropäischen Gewerkschaftsbewegungen war so eng und in der Gründungsphase so direkt mit den Arbeitskämpfen verknüpft wie die deutsche. 72 Prozent der französischen Arbeitskämpfe zwischen 1871 und 1890 haben ohne jeden Gewerkschaftseinfluß stattgefunden⁶⁰. Die britischen Gewerkschaften der zweiten Jahrhunderthälfte haben sich mindestens ebenso stark ihrem breiten Unterstützungswesen, der Kontrolle des Produktionsprozesses und des Arbeitsmarktes wie der Organisation von Streiks gewidmet⁶¹. Für die deutschen Gewerkschaftsverbände stellte neben der Herausgabe eines Verbandsblattes die Streik- und Reiseunterstützung das Hauptbetätigungsfeld⁶². Erst im Laufe der 1890er Jahre kamen mit Arbeitslosen- und Krankenversicherung Aktivitäten hinzu, die die genannten Unterstützungsleistungen, wenn auch bis 1914 mit

⁵⁶ Dies ergibt sich aus der Analyse der Streik- und Fachvereinsüberwachungsakten der Maurer, Zimmerer, Schuhmacher und anderer Hamburger Fachvereine zwischen 1886 und 1890.

⁵⁷ *Jacob Reindl*, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Koalitionsrecht und Koalitionen der Arbeiter in Deutschland seit der Reichsgewerbeordnung (1869) (Altenburg 1922) 88, bezüglich des vor allem um den Arbeitsnachweis geführten Formerstreiks. Ausführlich dazu: *Klaus Saul*, Machtsicherung und Gegenoffensive. Zur Entstehung des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona 1888–1890, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 72 (1986) 105–138, hier 109 ff.

⁵⁸ Siehe oben sowie *Fritz Paepelow*, Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1819 bis 1899 (Hamburg 1900).

⁵⁹ *Willy Albrecht*, Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1890 (Bonn 1982) passim; im folgenden zitiert: *Albrecht*, Fachverein.

⁶⁰ *Perrot*, grève, 431; *dies.*, Jeunesse de la grève France 1871–1890 (Paris 1984) 49.

⁶¹ *Christiane Eisenberg*, Deutsche und englische Gewerkschaften – Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 72, Göttingen 1986) 194 ff.

⁶² *Klaus Schönhoven*, Selbsthilfe als Form von Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914 (AfS XX 1980) 147–194, hier 151 ff.

36,8% aller Aufwendungen die Streikunterstützung größter Ausgabeposten blieb⁶³, erweiterten. Dennoch greift die These, „der Streik sei das beste Werbemittel für die Gewerkschaften“⁶⁴, zu kurz, weil sie den Arbeitskampf aus seinem Umfeld der gewerkschaftlichen Lohnbewegung isoliert. Nicht er, sondern die Lohnbewegung als ganzes, war (zumindest für die Zeit bis 1900) das zentrale Agitationsmittel der deutschen Gewerkschaften.

Ebenso wie bei der Streikdauer, der durchschnittlichen Beteiligung und der Ausnutzung politischer und ökonomischer Konjunkturen läßt sich auch für die *Erfolgsraten* eine hohe Vergleichbarkeit zwischen den Streikwellen vor und nach der Jahrhundertwende feststellen. Offenbar gelang es den Arbeitern gerade in den Aufschwungsphasen häufig, Erfolge oder Teilerfolge durchzusetzen. Besonders ausgeprägt scheint diese Situation um 1889/90 in Hamburg und Berlin gewesen zu sein. Das plötzliche Umschlagen dieser Erfolgsraten ab 1890/91 konnte kaum heftiger sein und hat zweifellos den starken Rückgang der Arbeitskämpfe begründet. Mit dem Konjunkturaufschwung ab 1895 nahm die starke Wellenausprägung der Erfolgs-/Mißerfolgsraten etwas ab. Offenbar gelang es den erstarkten Gewerkschaften von da an besser, errungene Erfolge zu stabilisieren.

Die hier grob skizzierten Mißerfolgsraten werfen auch ein deutliches Licht auf das „Konzept des gut geplanten Streikeinsatzes“, das laut Kaelble/Volkmann erst mit der Zentralisierung der deutschen Gewerkschaften im Verlauf der 1890er Jahre entwickelt und seit Anfang des Jahrhunderts durchgesetzt worden sei⁶⁵. Diese Auffassung kann hier nicht geteilt werden, da der konjunkturell gut geplante Einsatz der Streikwaffe schon weit früher zum Gemeinwissen kollektiver Interessenwahrnehmung von (Arbeiter)gesellen gehörte⁶⁶.

Kein geringerer als Carl Legien, der wohl zu den stärksten Verfechtern des Zentralverbandprinzips gehörte, bestätigte die Auffassung, derzufolge die Arbeiter ihr eigenes Konjunkturbewußtsein entwickeln und handlungsleitend einsetzen können: „Es scheint, als wenn es nicht erforderlich ist, den Arbeitern durch Vorführung statistischer Daten aus den Handelskammerberichten über die Steigerung der Ausfuhr und dergleichen den Beweis zu liefern, daß eine Periode wirtschaftlicher Prosperität eingetreten (ist). Sie erkennen diese Besserung des wirtschaftlichen Lebens an den Vorgängen im Betriebe und am Orte, und wenn die statistischen Daten erscheinen, müssen auch die Kämpfe schon geführt sein.“ Legien schrieb dies im Herbst 1896, um „die organisierten Arbeiter“ zu beglückwünschen für das konjunkturgerechte Ansteigen der Angriffsstreiks von 1894 auf 1895. Denn, so resümierte er seine Erfahrungen mit vergangenen Prosperitätsphasen: „Die Perioden der günstigen Konjunktur sind kurz

⁶³ Ebda., 156.

⁶⁴ Schönhoven betont, daß dies nicht die Ansicht der Verbandsbeamten sein konnte, ebda., 160.

⁶⁵ Hartmut Kaelble, Heinrich Volkmann, Streiks und Einkommensverteilung im späten Kaiserreich.

⁶⁶ Andreas Griefinger, Das symbolische Kapital der Ehre, Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgelesen im 18. Jahrhundert (Frankfurt u. a. 1981) 185 ff.

und es bleibt während derselben keine Zeit, mit Organisationsarbeiten zu beginnen.“⁶⁷

Wie aber sah es mit dem proletarischen Konjunkturbewußtsein aus? Obwohl der konjunkturell angepaßte Streikeinsatz weithin als Erziehungsleistung des ausgebauten Gewerkschaftswesens angesehen wird, sind genauere Untersuchungen hierzu – vielleicht mit Ausnahme der Berg- und Hafenarbeiter – nicht unternommen worden. Daher sei der Hinweis auf französische Forschungen erlaubt, die nachgewiesen haben, daß die der jeweiligen Konjunkturlage angepaßte Reaktionsweise der Arbeiter weniger von einem besonders hohen Organisationsgrad als vom Qualifikationsniveau der Arbeiter abhängig war. Bevor dies weiter ausgeführt wird, sollen zunächst die Konjunkturindikatoren diskutiert werden. Die Frage nach den die Streikentwicklung am genauesten verfolgenden Konjunkturindikatoren ist wohl eine der zentralsten der quantifizierenden Streikforschung geworden⁶⁸. Daran knüpfen sich nämlich eine Reihe weiterführender Theorien. Eine enge Abhängigkeit der Streiks von den Konsumgüterpreisen bzw. den Lebenshaltungskosten würde bedeuten, daß in Phasen der Preissteigerung die Streikrate am höchsten sein müßte. Demnach wäre der sinkende Reallohn das wichtigste Indiz des Arbeiters, seine Forderungen anzumelden. Diese Korrelation trifft jedoch in deutlichem Ausmaß nur für die USA zu⁶⁹. In Deutschland und Frankreich ist die Korrelation zwischen Streiks und Industrieproduktion weitaus überzeugender⁷⁰. Dies bedeutet, daß nicht die direkte Reaktion auf den Reallohnschwund den Streik vornehmlich auslöste, sondern stärker die taktische Überlegung für den ökonomisch günstigsten Zeitpunkt. Für Großbritannien und Frankreich wurde dieses Ergebnis insofern bestätigt, als die Streikrate gleichzeitig eine deutliche Abhängigkeit von der Arbeitsmarktsituation aufweist. Die Arbeiter verspüren somit gerade an der Nachfrage nach Arbeitskräften den Konjunkturaufschwung, der als der günstigste Zeitpunkt für den Arbeitskampf zu gelten hat.

Die geschilderte Abhängigkeit des Streiks von bestimmten Konjunkturindikatoren kann man zweifellos wie Volkmann interpretieren: Nicht die Protestreaktion auf den sinkenden Reallohn, sondern die überlegte, rationale, zeitlich angepaßte Reaktion auf die günstige Konjunkturlage kann als Ausgangssituation für die Mehrzahl der Streiks, vor allem der Angriffstreiks, angesehen werden⁷¹. Einem *Protestmodell* steht somit das *Anpassungsmodell* gegenüber, das die französische Forschung meist *Offensivmodell* nennt⁷².

Es liegt nahe, die beschriebenen Unterschiede der Protest- bzw. Anpassungsreaktion auf die jeweilige Gewerkschaftsorganisation zu beziehen und daraus Interpreta-

⁶⁷ Correspondenzblatt 35, Jg. 6, 19.10.1896.

⁶⁸ Hartmut Kaelble, Heinrich Volkmann, Konjunktur und Streik während des Übergangs zum organisierten Kapitalismus in Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 92 (1972) 513–544, hier 526.

⁶⁹ Ebda., 517.

⁷⁰ Ebda., 526, sowie Edgar Andréani, Grèves et Fluctuations. La France de 1890 à 1914 (Paris 1968) 127; im folgenden zitiert: Andréani, Fluctuations.

⁷¹ Kaelble, Volkmann, Konjunktur, 526.

⁷² Perrot, grève, 123, auch für das Folgende.

tionsmodelle zu konstruieren. Kaelble/Volkman sind diesen Weg gegangen und haben die taktische, der jeweiligen Konjunkturlage angepaßte Reaktionsweise der Arbeiterschaft korreliert mit dem Erstarken der deutschen Gewerkschaften vor 1914 und daraus ein dem sogenannten Organisierten Kapitalismus entsprechendes Anpassungsmodell des Arbeitskampfverhaltens konstruiert. Dabei gingen sie davon aus, daß die der Konjunktur angepaßte taktische Orientierung der Streikenden ein Lernprozeß darstellt, der nicht nur über die Gewerkschaften vermittelt war, sondern ohne sie kaum zustande gekommen wäre. Damit rückt die Frage des Konjunkturbewußtseins der Arbeiter in den Mittelpunkt der Diskussion.

Aus der französischen Forschung wissen wir, daß das Bewußtsein von konjunkturellen Wechsellagen und deren taktisch günstige Ausnutzung zwar branchenmäßig recht verschieden waren – die in handwerklicher Tradition stehenden Berufe der Bau-, Holz- oder Metallindustrie besaßen hier einen klaren Vorsprung vor Textil- und Erdarbeitern – sich aber weit früher und somit unabhängig vom gewerkschaftlichen Einfluß entwickelt hatten⁷³. Schon im Zeitraum zwischen 1870 und 1890, in dem höchstens 10–30% der französischen Streiks gewerkschaftlich organisiert waren, zeigte sich eine deutliche Abhängigkeit der Ausstände von der Industrieentwicklung (mangels anderer Indikatoren gemessen an den Einfuhrdaten für Rohstoffe). Noch interessanter ist jedoch ein Vergleich der Jahre 1896–1914. Für diesen Zeitraum stellte Andréani einen Korrelationskoeffizienten der einfachen linearen Korrelation von +0,83 zwischen Streiks und Industrieproduktion in Frankreich fest, obwohl bei höchstens 72% der Streiks Gewerkschaften beteiligt waren. Auch ein Kurvenvergleich zwischen gewerkschaftlich beeinflussten und nicht beeinflussten Arbeitskämpfen ergab keine Unterschiede in der Konjunkturabhängigkeit⁷⁴. Die optimale Zeitwahl, die die französischen Gewerkschaften – ebenso wie die deutschen oder britischen – zur Taktik erhoben hatten, wurde somit auch ohne ihren Einfluß befolgt.

Auch wenn diese Ergebnisse nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragbar sind, sollten sie doch zur Vorsicht mahnen, was die Abhängigkeit der konjunkturgerechten Zeitwahl vom Gewerkschaftseinfluß betrifft.

Kaelble/Volkmanns Berechnungen der konjunkturellen Abhängigkeit der deutschen Arbeitskämpfe ergaben keineswegs bessere, sondern schlechtere Ergebnisse als die für Frankreich, obwohl es sich im deutschen Fall um ausschließlich gewerkschaftlich geführte Ausstände handelte. Der Abhängigkeitsindex betrug hier +0,36 für die Industrieproduktion und +0,73 für die Aktienkurse⁷⁵. Die Frage des Konjunkturbewußtseins ist also auch im deutschen Fall viel differenzierter zu stellen, als dies bisher getan wurde.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Einschätzung der Konjunkturlage und der davon abhängige Wert der Arbeitskraft eine Fähigkeit war, die jeder Anbieter von Arbeitskraft sehr schnell auch ohne gewerkschaftliche Nachhilfe erlernte. Dazu bedurfte es im 19. und frühen 20. Jahrhundert auch keiner festgefügtten Organisationen.

⁷³ Ebda., 119 ff.

⁷⁴ Andréani, *Fluctuations*, 118, 244.

⁷⁵ Kaelble, *Volkman*, *Konjunktur*, 526.

Der bei handwerklich vorgeprägten ebenso wie bei un- und angelernten Arbeitskräften häufige Stellenwechsel brachte ganz automatisch eine genaue Kenntnis des Arbeitsmarktes mit sich. Die Einschätzung des eigenen Marktwertes, die gegenseitige Information über Städte und Regionen mit hohen bzw. niedrigen Löhnen, das Verbessern der eigenen Situation durch Stellenwechsel gehörte zu den Grunderfahrungen eines jeden Arbeiters dieser Zeit. Extrem hohe Mobilitätsraten bei Betriebsbelegschaften wie bei Gewerkschaftsmitgliedschaften legen beredtes Zeugnis von dieser Art der individuellen Konfliktbewältigung ab, die der kollektiven Konfliktfähigkeit noch zahlenmäßig weit überlegen war. Hohe Arbeitsplatzmobilität war daher eine wichtige Voraussetzung, sich zu wehren, während eine gravierende Einschränkung dieser Mobilität durch Krankheit, Alter, hohe Kinderzahl oder die notwendige Mitarbeit von Frauen und Kindern wie in der Textilindustrie, die Fähigkeit zur konjunkturell angepassten Reaktion stark vermindern mußte.

Aufgrund dieser Überlegungen scheint es wenig sinnvoll, die konjunkturell angepasste Zeitwahl für den Arbeitskonflikt als Meßlatte für die Entwicklung des sich verbandsmäßig organisierenden Kapitalismus zu nehmen⁷⁶.

Eine weitere Differenzierung der Konjunkturabhängigkeit des Streiks ist zu erwähnen. In allen vorliegenden Untersuchungen folgen die Angriffstreiks weitaus klarer dem Beschäftigungsgrad bzw. den Konjunkturindikatoren (Rohstoffimport, Aktienkurse) als die Abwehrstreiks. Dies läßt sich auch sehr klar nach Einzelbranchen differenzieren, so daß wir noch einmal die Doppelfunktion des Streiks als Angriffs- und Verteidigungswaffe unter Beweis gestellt bekommen⁷⁷. Die in Frankreich stärker ausgeprägte Streikforschung hat die erwähnten Unterschiede auch an einzelnen Streikwellen festmachen können. So gehörten die Arbeitskämpfwellen nach den Weltkriegen 1919/20 und 1947/48 stärker zum Angriffstyp, während die Streiks der Jahre 1936 und 1968 zum Protestmodell gezählt werden⁷⁸. Offenbar läßt sich im französischen ebenso wie im britischen Fall keine evolutionäre Entwicklung vom Protest zum Angriffsmodell konstatieren, da nach 1945 wieder ein Vorzeichenwechsel vom stärker dominierenden Angriffsmodell (1948–1965) zum Protestmodell stattgefunden hat (1965–1978)⁷⁹. Mit anderen Worten: In diesem Jahrzehnt fanden Arbeitskämpfe wieder vermehrt in konjunkturell ungünstigen Zeiten statt. Gerade jüngste Forschungen haben unterstrichen, daß es sich hierbei nicht um gegensätzliche, sondern um parallel verlaufende Trends handelt, bei denen lediglich mal die eine, mal die andere Streikfunktion stärker hervortritt. Entsprechende Untersuchungen stehen für Deutschland noch aus.

⁷⁶ Wie Kaelble, Volkmann dies tun. Das von Kaelble, Volkmann entwickelte Periodisierungsmodell kritisierten bereits Ritter, Tenfelde, Durchbruch, 91.

⁷⁷ Andréani, Fluctuations, 208; Perrot, grève, 119.

⁷⁸ H. Lagrange, La dynamique des grèves, in: Revue Française de Science Politique (1978) 665–692.

⁷⁹ Michelle Durand, La grève: conflit structurel, système de relations industrielles ou facteur de changement social, in: Sociologie du Travail (1979) 274–296.

III

Die Ausbreitung der Arbeitskämpfe zeigte ebenso wie die des Organisationswesens große regionale Disparitäten, ohne daß die Arbeiterbewegungshistoriographie diese bisher hinreichend zur Kenntnis genommen hätte. Wer wußte schon, daß Bremer Arbeiter zwischen 1899 und 1914 etwa siebenmal, Berliner oder Hamburger etwa fünfmal häufiger an Arbeitskämpfen beteiligt waren als ihre Württemberger Kollegen? Der hier vorgelegte Beitrag kann aus methodischen und räumlichen Gründen nur an Hand einiger vorsichtig zu interpretierender Tabellen auf die Problematik hinweisen und an einigen Beispielen mögliche Zusammenhänge mit dem Gewerkschafts- und Tarifvertragswesen aufzeigen⁸⁰.

Mehr als ein Versuch, unterschiedlich temperierte industrielle Sozialbeziehungen aufzuzeigen und nach vorläufigen Kriterien (Stadt/Land, Süddeutschland/Norddeutschland) zu ordnen, konnte hier nicht unternommen werden. Dabei wurde unter Weglassung vieler Einzeldaten zum Arbeitskampf (Dauer, Erfolge, Betriebsgrößen etc.) vornehmlich die Anzahl der Streikenden und Ausgesperrten in Beziehung gesetzt zur Anzahl der abhängig Beschäftigten, zur Gewerkschaftsmitgliederzahl (1906) und zur Zahl der tarifvertraglich Gebundenen (1912). Da für 1871/75 kaum sichere Daten für die Anzahl der Streikenden zur Verfügung stehen, wurde für diese Streikwelle ebenso wie für 1889/90 auf die Anzahl der Arbeitskämpfe zurückgegriffen. Ob diese zunächst quantitativ angegangene Fragestellung sinnvolle Ergebnisse zeitigen würde, konnte nicht vorausgesehen werden, da die branchenmäßigen Unterschiede in der Arbeitskampfbeteiligung das Bild sehr stark beeinflussen.

Tabelle 5: An Arbeitskämpfen direkt Beteiligte pro Beschäftigte 1899–1914 (in v. H.)

Bergbau	98
Metallerzeugung	90
Bauindustrie	63
Maschinenbau	29
Textilindustrie	26
Holzindustrie	24
Transportwesen	9

Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 279. Anzahl der Arbeiter nach Wirtschaftssektoren nach *W. G. Hoffmann*, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft (Berlin u. a. 1965) 205, 196–199 (Mittelwert der Daten von 1899, 1906, 1912).

Da sowohl der besonders arbeitskampfindensive Montanbereich ebenso wie die weit unterdurchschnittlich an Arbeitskämpfen beteiligte Textilindustrie und auch großbetriebliche Metall-, Chemie- und Elektroindustrie weitgehend „tariffrei“ hatten bleiben können, mußte dies bei der regionalen Tarifvertragsverteilung berücksichtigt werden. Ein weiteres gravierendes Methodenproblem besteht in der Tatsache, daß kontingente

⁸⁰ Die Bedeutung von Streiks für regionale Einkommensunterschiede diskutieren *Hartmut Kaelble/Heinrich Volkmann*, Streiks und Einkommensverteilung im späten Kaiserreich, in: *Jürgen Bergmann u. a.*, Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest (Opladen 1986) 159–198.

Datenreihen nur für relativ große Territorien zur Verfügung stehen. Die Streikstatistik des Deutschen Reichs ist nur nach Bundesstaaten und Preußischen Provinzen unterteilt. So kommt es gelegentlich vor, daß die Ergebnisse wenig aussagekräftig sind. Je kleiner und homogener die Untersuchungseinheit, umso klarer das Ergebnis⁸¹.

Tabelle 6: Regionale Arbeitskampfverteilung im Deutschen Kaiserreich 1871–1914

	Streiks pro 1 Million Arbeiter 1871/75	Streiks pro 1 Million Arbeiter 1889/90	Direkt Beteiligte pro 1000 Arbeiter	
			1889/90	1899/1914
Deutsches Reich	218	157	54,9	342
Preußen	209	170	68,9	364
Ost-Preußen	185	288	19,3	234
West-Preußen	278	166	11,7	233
Berlin	434	75	99,4	745
Brandenburg	108	79	10,9	291
Pommern	165	253	29,1	406
Posen	192	89	19,2	281
Schlesien	128	191	62,7	271
Sachsen	165	228	37,3	294
Schleswig-Holstein	740	307	33,7	399
Hannover	356	221	19,8	368
Westfalen	131	275	223,7	588
Hessen-Nassau	233	101	10,0	250
Rheinland	140	120	77,8	252
Bayern	199	199	10,1	287
Sachsen	192	150	28,6	349
Württemberg	119	16	0,9	149
Baden	202	28	1,5	203
Hessen	333	110	12,2	237
Mecklenburg-Schwerin	282	755	37,6	287
Braunschweig	1429	304	32,2	288
Lübeck	1000	285	100,3	421
Bremen	500	405	80,1	1059
Hamburg	880	169	191,2	713
Elsaß-Lothringen	21	266	139,0	272

Quellen: Anzahl der Streiks 1871/85: *Machtan*, Dokumentation, Anhang; 1889/90; Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep 120 BB VI Nr. 172; 1899/1914: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 280 23 ff. Anzahl der Arbeiter: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1886 5 f.; dass., 1898 10 f.; dass., 1914 18 f. Gewerkschaftsmitglieder: *Troeltsch/Hirschfeld*, Gewerkschaften Anhang I (für 1895) und *Hirschfeld*, Die Freien Gewerkschaften in Deutschland (Jena 1908) 268 ff.

Bemerkung: Für die Bezugsgröße der Anzahl der Arbeiter wurde auf die jeweils nächstliegende Berufszählung zurückgegriffen, d. h. für 1871/75 auf die Zählung von 1882, für 1889/90 auf die Zählung von 1895, für 1899/1914 auf die Zählung von 1907.

⁸¹ Daher sind Aussagen zu Preußen als Ganzem und den großen Provinzen wie Rheinland oder Hannover leider nicht möglich. – Einen interessanten Regionalvergleich hat soeben vorgelegt: *Hartmut Zwahr*, Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: *Geschichte und Gesellschaft* 13 (1987) 448–507.

Das Hauptergebnis der regionalen Streikbeteiligung kann nicht sehr überraschen, da es mit unserem Wissen über die regionale Ausbreitung der Gewerkschaften korreliert: Der Arbeitskampf war in besonderem Maße ein städtisches Phänomen. In den Hansestädten und Berlin streikten (oder waren von Aussperrungen betroffen) im Schnitt zwei- bis viermal so viele Arbeiter wie im übrigen Reichsgebiet. Dieses Ergebnis, das für die gesamte Zeit des Kaiserreichs Gültigkeit behielt, dürfte auch für andere industrielle Zentren zutreffen, nur lassen sie sich in der Streikstatistik nicht so leicht isolieren. Eine ähnlich hohe Arbeitskampfbeteiligung wurde nur noch für die Montanregionen des Reiches konstatiert, vor allem für die Provinz Westfalen. Das methodische Problem des zu groß geschnittenen Untersuchungsgebietes läßt sich besonders an der Rheinprovinz illustrieren, wo die streikintensiven Regionen des Regierungsbezirks Düsseldorf (westliches Ruhrgebiet, Metallverarbeitung von Wuppertal bis Düsseldorf) mit äußerst streikarmen Regionen wie der niederrheinischen Textilindustrie, dem Saarrevier und den auch sonst wenig streikbeteiligten Regierungsbezirken Trier, Koblenz und Köln zusammengefaßt sind⁸².

Die Bedeutung der Industriestädte für den Arbeitskampf kann man auch am Beispiel Nürnberg/Mittelfranken ablesen. 1907 umfaßte dieser Bezirk 17% der industriell Erwerbstätigen Bayerns. Als führende bayerische Industrieregion zog Nürnberg-Fürth die Arbeiterbewegung geradezu an. 1889/90 entfielen 35 der 54 bayerischen Streiks mit 4462 von 6935 Beteiligten auf diese Region⁸³, so daß sich die Anzahl der Streiks und mit Abstand auch die der Beteiligten ebenfalls auf das Zwei- bis Vierfache des Reichsdurchschnitts stellte. Diese Dominanz änderte sich erst um die Jahrhundertwende, als auch in Bayern der Arbeitskampf immer alltäglicher wurde und sein durchschnittlicher Umfang von 128 (1889/90) über 86 (1890/1896) auf 48 (1902) direkt Beteiligte absank. Erst unter dem Druck der ab 1903 auch in Bayern massiv eingesetzten Aussperrungswaffe begann der Umfang der Arbeitskämpfe wieder anzusteigen⁸⁴.

Das Bild des städtischen Übergewichts in der regionalen Streikverteilung ändert sich, wenn man nicht die Anzahl der Streikenden und Ausgesperrten, sondern die der Arbeitskämpfe betrachtet. Dadurch wird der kleinere Einzelfall stärker berücksichtigt, während das Übergewicht der Massenindustrien (Montan, Textil) zurücktritt. Diese Analyse ist vor allem für das 19. Jahrhundert aufschlußreich, als die regionalen Unterschiede noch krasser zu Tage traten. Mecklenburg-Schwerin, Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, Pommern und mit einigem Abstand auch die Preussischen Provinzen Sachsen, Hannover sowie die thüringischen Kleinstaaten treten nun in den Vordergrund, Regionen mit einer zum Teil noch wenig entwickelten Arbeiterbewe-

⁸² Für genauere Hinweise muß auf eine spätere Studie verwiesen werden.

⁸³ Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern 1897 (München 1897) 114; nach der Umfrage des Reichskanzlers von 1890, in: Zentrales Staatsarchiv Merseburg Rep 120 BB VI Nr. 172 (1) sowie nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 134, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1900 (Berlin 1901) 171.

⁸⁴ Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 148, 157, 164, 171, 178 (Berlin 1902 ff.). Die Auffassung von *Klaus Tenfelde*, Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: *U. Borsdorf* (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945 (Köln 1987) 128, „daß Berlin im Städtevergleich bei weitem die stärkste Streiktätigkeit zeigte“, wird durch die folgende Tabelle korrigiert.

Tabelle 7: Regionale Verteilung der Streiks 1871/1875 und 1889/90

	1871/75			1889/90	
	Anzahl der Arbeits- kämpfe (absolut)	Arbeits- kämpfe pro 1 Million Arbeiter		Anzahl der Arbeits- kämpfe (absolut)	Arbeits- kämpfe pro 1 Million Arbeiter
Deutsches Reich	1052	218		1131	157
weit überdurchschnittliche Beteiligung					
Braunschweig	40	1425	Mecklenburg-Schwerin	37	755
Hamburg	73	880	Bremen	17	405
Prov. Schlesw.-Holst.	71	740	Prov. Schlesw.-Holst.	44	307
Bremen	14	500	Braunschweig	21	304
Berlin	108	434	Prov. Ost-Preußen	34	288
			Prov. Westfalen	129	275
			Elsaß-Lothringen	62	266
			Prov. Pommern	34	253
überdurchschnittliche Beteiligung					
Prov. Hannover	67	356	Prov. Sachsen	83	228
Hessen	30	333	Prov. Hannover	62	221
			Prov. Schlesien	116	191
			Sächsische Kleinstaaten	34	187
etwa durchschnittliche Beteiligung					
Prov. Hessen	37	233	Preußen	715	170
Preußen	594	290	Hamburg	23	169
Baden	30	202	Sachsen	120	150
Bayern	90	199			
Sachsen	99	192			
unterdurchschnittliche Beteiligung					
Prov. Sachsen	45	165	Prov. Rheinland	103	120
Prov. Rheinland	79	140	Hessen	15	110
Prov. Westfalen	38	131	Prov. Hessen	23	101
Prov. Schlesien	56	128	Prov. Posen	10	89
Württemberg	19	119	Prov. Brandenburg	30	79
Prov. Brandenburg	25	108	Bayern	54	78
			Berlin	30	75
weit unterdurchschnittliche Beteiligung					
			Baden	7	28
			Württemberg	4	16

Quellen: wie Tabelle 6.

gung. Neben dem festzuhaltenden nord-ost-mitteldeutschen Übergewicht im Streikverhalten – eine Feststellung, die grosso modo auch für die organisierte Arbeiterbewegung gilt – dürften sich zwei wichtige industriestrukturelle Ursachen bemerkbar machen. Zum einen repräsentieren die aufgezählten überdurchschnittlich beteiligten Regionen die industriellen Umlandgemeinden der Hansestädte (die Unterweserorte, Wandsbeck, Altona etc.), die industriellen Mittelstädte der Ostseeküste von Flensburg bis Königsberg sowie die kleineren Kommunen Mitteldeutschlands von Güstrow, Dessau, Weimar bis Eisenach, Altenburg und Gotha, die 1889/90 eine starke Streikaktivität auszeichnete⁸⁵. Zu diesen besonders unruhigen Zentren der frühen Arbeiterbewegung gehörte auch das Herzogtum Braunschweig, das mit seinen 40 Arbeitskämpfen an der Streikwelle von 1871/75 stärker beteiligt war als die Industriestädte Leipzig und Nürnberg zusammen. Allein die Kleinstädte des Herzogtums wiesen mit 14 Streiks ebenso viele Kämpfe wie Bremen auf⁸⁶. Wenn die Masse der Streikenden (oder Ausgesperrten) durchgehend von den Großstädten und Bergbauregionen gestellt wurde, so wird die Vielfalt und Breite der Unruhe, die gerade in den Streikwellen zum Ausdruck kam, erst durch die vielen kleinen Ausstände im klein- und mittelstädtischen Bereich deutlich. Die Streikwellen des 19. Jahrhunderts reichten weit über den Einflusssbereich der Arbeiterorganisationen hinaus und tangierten nicht selten auch die textilindustriellen Industriedörfer, in denen sich noch jahrzehntlang keine Arbeiterorganisation festsetzen konnte. War für die mobilisierende Funktion des Streiks in den industriellen Zentren die vom Fachverein initiierte Lohnbewegung mit kalkulierter Streik- und Tarif(vertrags)folge das Modell, dem sich Bau- und Metallberufe ebenso anschlossen wie die Arbeiter der verlegten Massenhandwerke (Holz-, Bekleidungs-, Tabakbranche), so mußten die Ziegelei- und Steinbrucharbeiter, die Beschäftigten der Zuckerfabriken, des verstreut liegenden Eisenbergbaus ebenso wie viele dorfindustrielle Textilregionen ihre Arbeitskämpfmodelle erst noch entwickeln. Die 66 elsässischen Streiks von 1889/90 gehen fast alle auf das Konto eines plötzlich ausbrechenden Arbeitskampfes, der im April 1890 bis in die textilindustriellen Dörfer der Hochvogesen aufstieg und etwa 30 000 Männer, Frauen und Kinder kontraktbrüchig werden ließ. Da es noch keine Textilarbeitergewerkschaft gab, halfen Metall- und Bauarbeiter in der Organisation des Streiks. Der Versuch einer Kaiserdelegation scheiterte⁸⁷. Nicht nur im Oberelsaß, wo über 30 Dörfer am Ausstand teilnahmen, oder im Braunschweigischen, sondern auch in Ost-Preußen, Pommern, Sachsen-Weimar oder Mecklenburg breitete sich eine Welle von kleineren Arbeitskämpfen aus, die der gewerkschaftlichen Organisation z.T. weit vorausseilten. Von den 37 vornehmlich Bauarbeiterstreiks in Mecklenburg-Schwerin zwischen Januar 1889 und Mai 1890 fanden nur sechs in Rostock statt, der Rest verteilte sich auf 20 Kleinstädte des platten Landes⁸⁸.

⁸⁵ Siehe die Umfrage des Reichskanzlers von 1890, die für Preußen fortgesetzt wurde bis zum Sommer 1898, *Oldenberg*, Arbeitseinstellungen.

⁸⁶ *Machtan*, Dokumentation, 492.

⁸⁷ Zentrales Staatsarchiv Merseburg Rep 120, 7026, vol 1., B1 274 ff.

⁸⁸ Ebd.

Mecklenburg und Elsaß-Lothringen bildeten in gewisser Hinsicht die beiden Gegendpole der streikintensiven Flächenstaaten von 1889/90. Während die Reichslande bei der gewerkschaftlichen Organisation ebenso wie bei der tarifvertraglichen Beteiligung die absolut niedrigsten Werte zeigte – offenbar eine Folge der Dominanz von Textil- und Montanindustrie, landesmannschaftlicher Zersplitterung im lothringischen Reichsteil und der bekannten Herr-im-Hause-Politik – lag Mecklenburg in der Gewerkschaftsorganisation, im Tarifvertragswesen (auch in den sozialdemokratischen Reichstagswahlergebnissen) weit über dem Durchschnitt⁸⁹.

Tabelle 8: Regionale Verteilung von Arbeitskampf Beteiligten, Gewerkschaften und Tarifverträgen 1895–1912

	An Arbeitskämpfen direkt Beteiligte pro 1000 Arbeiter		Gewerkschafts- mitglieder pro 1000 Arbeiter		Tarifver- tragsbetei- ligte pro 1000 Ar- beiter 1912
	1889/90	1899/1914	1895	1906	
Deutsches Reich	100	100	100	100	100
Preußen	126	106	85	92	83
Ost-Preußen	35	68	30	39	94
West-Preußen	21	68	27	43	74
Berlin	181	218	177	278	232
Brandenburg	20	85	108	79	40
Pommern	53	119	63	88	125
Posen	35	82	23	30	74
Schlesien	114	79	55	57	70
Sachsen	68	86	55	109	72
Schleswig-Holstein	61	117	300	123	72
Hannover	36	108	175	98	80
Westfalen	407	172	37	87	36
Hessen-Nassau	18	73	89	103	103
Rheinland	142	74	36	51	72
Bayern	18	84	104	98	130
Sachsen	52	102	139	139	108
Württemberg	2	44	94	69	100
Baden	3	59	81	71	109
Hessen	22	69	190	113	128
Mecklenburg-Schwerin	68	84	103	116	123
Braunschweig	159	84	112	108	95
Lübeck	183	123	437	247	179
Bremen	146	309	366	303	301
Hamburg	348	208	280	245	310
Elsaß-Lothringen	253	80	14	23	36

Quellen: wie Tabelle 6 und Tarifverträge nach: 7. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt, Berlin 1913.

⁸⁹ Siehe *François Roth*, *Industrialisation et Syndicalisme en Lorraine annexée (1889–1914)*, in: Association interuniversitaire de l'Est (Ed.), *Industrie, facteurs de transformations politiques, économiques, sociales et culturelles* (Metz 1974) 123–134.

Die regionale Verteilung von Gewerkschaftsmitgliedschaft und Tarifvertragsbeteiligung zeigt neben dem bekannten Bild einer weit überdurchschnittlichen Teilnahme an Streik, Organisationsmitgliedschaft und Tarifvertrag in Berlin und den Hansestädten auch eine überdurchschnittliche Verbreitung der Tarifverträge in Pommern, Bayern, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt und Mecklenburg-Schwerin. Während die süddeutschen Staaten, von denen ja auch Baden, Württemberg und Sachsen bemerkenswert hohe Anteile an der Tarifvertragsverteilung von 1912 aufweisen, gesondert betrachtet werden, ist die relativ starke Verbreitung dieser Einrichtung in Pommern (115% des Reichsdurchschnitts), Ost-Preußen (94%) und Westpreußen (74%) bei deutlich niedrigerem, ja ausgesprochen schlechtem Organisationsgrad mit Überraschung zu vermerken. Die hier erstellte Übersicht kann derartige Unterschiede zunächst nur konstatieren. Beachtenswert ist jedoch der Hinweis, daß diese Regionen zu den Reichsteilen gehörten, die durch eine außerordentlich hohe Bauarbeiterorganisation gekennzeichnet waren. Auf die Baugewerkschaften entfielen 1906 in West-Preußen 57,6%, in Mecklenburg-Schwerin 51,3%, in Posen 49,1%, in Pommern 31,4% und in Ost-Preußen 27,9% aller organisierten Arbeiter⁹⁰. Dies könnte eine Teilerklärung für die überdurchschnittliche Streikbeteiligung Pommerns und Mecklenburgs und gleichzeitig auch für die Verbreitung des Tarifvertragswesens sein. Für Mecklenburg 1889/90 ist dieser Zusammenhang eindeutig, da hier schon in den 1870ern und dann wieder ab den 1880er Jahren bereits ein flächendeckendes Baugewerkschaftswesen bestand, während dies in Pommern weit weniger, in den östlicheren Provinzen noch kaum vorhanden war⁹¹.

Versucht man zusammenfassend eine generelle Übersicht über die Streikverteilung zu gewinnen, so wäre die Frage von Interesse, ob es auch hier eine Art Nord-Süd-Gefälle gegeben hat. Die vorgelegten Tabellen weisen deutlich darauf hin. Es sollte jedoch bedacht werden, daß dieses Ergebnis vielleicht nur der mediatisierenden Tendenz der Integration besonders arbeitskampffintensiver Städte (Nürnberg, Dresden, Düsseldorf, Leipzig, Hannover) in größere Flächenstaaten geschuldet ist. Dennoch fällt auf, daß alle süddeutschen Staaten in der Streikbeteiligung weit unterdurchschnittlich rangieren, wobei Württemberg das Schlußlicht bildet. An dieser Situation ändert sich auch nichts, wenn die Bergarbeiterstreiks unbeachtet bleiben. Dadurch würde das Gewicht Preußens in der Streikbeteiligung von 106% auf 94%, bezogen auf den Reichsdurchschnitt, sinken. Württemberg und Baden würden auch dann nur 50% bzw. 69% des Reichsdurchschnitts der Arbeitskampfbeteiligung erreichen. Zum Süden des Reiches könnte auch Sachsen gezählt werden, das sich bei der Streikbeteiligung erst für 1899/1914 dem Reichsdurchschnitt näherte, im Organisationsgrad und bei der tariflichen Bindung der Arbeiter aber deutlich darüber lag. Für die These eines weniger angespannten Klimas im Süden des Reiches würde auch die meist gute Beteiligung am Tarifwesen sprechen. Dies gilt besonders für Bayern, aber in gewissem Sinne auch für Württemberg, weil hier – ganz entgegen dem nationalen Trend – auch

⁹⁰ Gerbard Hirschfeld, *Die Freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Vertretung und Entwicklung 1896–1906* (Jena 1908) 24.

⁹¹ Ebda., 30, 74, 76.

Großbetriebe (Bosch) das Tarifvertragsprinzip akzeptiert hatten⁹². Auch der reine Zahlenvergleich zwischen den sozialdemokratischen Hochburgen des Nordens und einigen süddeutschen Ländern unterstreicht das Nord-Süd-Gefälle.

Tabelle 9: Hohe und niedrige Arbeitskampfbeteiligung im Vergleich 1899–1914

	direkt Beteiligte	Erwerbspersonen 1907
Hamburg	144 000	328 000
Bremen	66 000	96 000
Prov. Schleswig-Holstein	86 000	323 000
Baden	78 000	521 000
Hessen	46 000	286 000
Württemberg	56 000	532 000

Quellen: wie Tabelle 11.

Die Hansestadt Bremen zählte 1899/1914 mehr Streikende und Ausgesperrte als Württemberg, das nach der Erwerbsbevölkerung fünfmal größer war.

Bei der Betrachtung des sozialen Klimas Süddeutschlands sollte man jedoch die Aussperrungspraxis nicht außer acht lassen. Sie differenziert das Bild nicht unwesentlich.

Tabelle 10: Anzahl der Ausgesperrten in v. H. der Streikenden 1899–1914

Deutsches Reich	36,8	(ohne die Bergarbeiterstreiks 1905/1912: 44,5%)
Berlin	51,3	
Prov. Brandenburg	59,0	
Prov. Pommern	52,9	
Prov. Hannover	56,3	
Prov. Westfalen	18,8	
Prov. Rheinland	26,3	
Mecklenburg-Schwerin	69,0	
Braunschweig	41,3	
Lübeck	61,3	
Bremen	45,2	
Hamburg	31,3	
Bayern	39,0	
Sachsen	52,4	
Württemberg	48,8	
Baden	37,1	
Elsaß-Lothringen	17,4	

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 280, S. 23 f. (eigene Berechnung).

⁹² Reichs-Arbeitsblatt, 7. Sonderheft (Berlin 1913). Zur Württembergischen Gewerkschaftsbewegung vor 1914 siehe: *Gunther Mai*, Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918 (Industrielle Welt 35, Stuttgart 1983) 131 ff.

Am wenigsten von der Aussperrungswaffe betroffen waren die weitgehend tariffreien Bergbau- und Textilregionen, in denen die Arbeitgeber ihren tarifvertragsfeindlichen Willen auch ohne dieses Kampfmittel durchsetzen konnten (Westfalen, Rheinland, Elsaß-Lothringen). Alle anderen Reichsteile, gerade auch die gewerkschaftlichen Hochburgen Norddeutschlands, waren überdurchschnittlich in Aussperrungen verwickelt ebenso wie Sachsen und – überraschenderweise – Württemberg. Nur Baden und Bayern liegen deutlich unter den Werten der streikintensiven nördlichen Reichsteile.

Die zeitliche Verteilung des massiven Aussperrungseinsatzes zeigt jedoch, daß auch hier Süddeutschland inclusive Sachsen im Grunde erst 1910, sieht man von der Baueraussperrung dieses Jahres ab, erst 1911 und 1913 mehr Aussperrungsbeteiligte aufzuweisen hatten als Streikbeteiligte. Während in Berlin, Hannover, Hessen-Nassau, Bremen, Hamburg, den Preußischen Staaten und dem Großherzogtum Sachsen bereits zwischen 1902 und 1905, teilweise sogar in mehreren Jahren hintereinander, mehr Arbeiter von Aussperrungen als von Streiks betroffen waren, und dieser Fall in Schleswig-Holstein, Pommern, Braunschweig zwischen 1906 und 1907 auftrat, waren das Königreich Sachsen (1910, 1911), Württemberg (1910, 1913), Baden (1910, 1911) sowie Hessen (1910) und Elsaß-Lothringen (1910) erst während der Streik- und Aussperrungswelle der Vorkriegszeit in diese Lage geraten⁹³. Eine Ausnahme bildete für den süddeutschen Raum Bayern, dessen Arbeiter schon 1903 (Schuhindustrie um Pirmasens) und 1905 (Metallverarbeitung) die Härte des Gegenschlags der Arbeitgeber zu spüren bekamen. Diese Form der Zuspitzung der Gegensätze hatte sich im übrigen erst ab 1910 auf Süddeutschland ausgedehnt.

Tabelle 11 bestätigt die bereits erwähnte These, daß der Arbeitskampf ebenso wie das Gewerkschaftswesen und die Tarifvertragsbeteiligung in besonderem Maße ein städtisches Phänomen waren. In den Jahren 1899 bis 1905 – nur für diese Jahre stehen die entsprechenden Daten der Reichsstatistik zur Verfügung – beteiligten sich die Arbeiter der Städte Hannover (330% des Reichsdurchschnitts), Düsseldorf (239%), Köln (135%), Frankfurt (161%), Dresden (262%), Leipzig (161%), Stuttgart (121%), Nürnberg (228%) und München (110%) klar überdurchschnittlich an Arbeitskämpfen. Auch diese Übersicht läßt ein deutliches Nord-Süd-Gefälle erkennen, das die These vom besseren sozialen Klima in Süddeutschland stützt. Im nord- und mitteldeutschen Muster finden wir bei Arbeitskampf, Organisations- und Tarifvertragsbeteiligung durchgehend hohe Werte. Ebenso wie Berlin und die Hansestädte zeigten auch Hannover, Dresden und mit einigem Abstand Leipzig absolute Spitzenwerte bei Streikbeteiligung und Organisationsgrad. Hiervon wichen die rheinischen Städte Düsseldorf und Köln ab, die zwar (vor allem Düsseldorf) überdurchschnittlich an Arbeitskämpfen beteiligt waren, aber beim Organisationsgrad der sozialdemokratischen Gewerkschaften vergleichsweise schlecht abschnitten. Beim süddeutschen Muster verhielt es sich umgekehrt: die Arbeitskämpfungswerte lagen außerordentlich niedrig, während die Organisationsbeteiligung sehr hoch rangierte. Dieses eklatante Auseinanderklaffen kennzeichnete nicht nur die Staaten südlich der Mainlinie, sondern auch die preußische

⁹³ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 280 (Berlin 1916) 23f.

Tabelle 11: Arbeitskämpfe und Gewerkschaften ausgewählter Regierungsbezirke und Städte 1899–1905

	An Arbeitskämpfen direkt Beteiligte		Gewerkschaftsmitglieder pro 1000 Arbeiter
	gesamt	pro 1000 Arbeiter	
	1899/1905	1899/1905 1899/1914	1906
Deutsches Reich	938 543	100 100	100
Reg. Bez. Potsdam	48 824	115	73
Reg. Bez. Hannover	17 321	158	158
Stadt Hannover	(15 855)	(330)	329
Reg. Bez. Lüneburg	6 629	102	93
Reg. Bez. Düsseldorf	107 751	162	66
Stadt Düsseldorf	(14 828)	(239)	110
Reg. Bez. Köln	14 619	71	59
Stadt Köln	(12 015)	(135)	112
Reg. Bez. Wiesbaden	17 018		
Frankfurt	(12 743)	(161)	328
Bayern	46 688	55	98
Reg. Bez. Oberbayern	13 167	54	106
München	(11 508)	(110)	311
Reg. Bez. Mittelfranken	27 530	183	170
Nürnberg	(18 638)	(228)	212
Sachsen	85 306	91	139
Kreish. Dresden	38 167	161	199
Stadt Dresden	(27 270)	(262)	324
Kreish. Leipzig	24 248	106	180
Stadt Leipzig	(18 300)	(161)	274
Württemberg	11 812	36	69
Neckarkreis	9 248	67	123
Stadt Stuttgart	(6 696)	(121)	304
Baden	17 206	51	71
Bezirk Mannheim	7 207	70	108

Quellen: An Arbeitskämpfen Beteiligte: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 178, Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reich 1905 (Berlin 1906) 126 ff. (Streikende) sowie jährliche Einzelangaben der Ausgesperrten nach Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 134, 141, 148, 157, 164, 171, 178. Anzahl der Arbeiter nach der Berufszählung von 1907: Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 204 (Preußen), 205 (die nichtpreuß. Staaten), 207,1 (Großstädte) – 1 (jeweils Berufsabteilungen B u. C, Industrie, Handel und Verkehr). Gewerkschaftsmitglieder nach: G. Hirschfeld, Die Freien Gewerkschaften in Deutschland (Jena 1908) 268* ff.

Bemerkung: Aggregierte Streikdaten stehen für die kleineren Verwaltungsbezirke (Regierungsbezirke) leider nur 1899 bis 1905 zur Verfügung. Ab 1906 trat eine Reduzierung der jährlich publizierten Datenfülle ein. Da die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder laut Hirschfeld für Städte und Regierungsbezirke bekannt ist, wurde der von Hundertsatz der städtischen Gewerkschaftsmitglieder an der Anzahl der im Regierungsbezirk organisierten Gewerkschafter gebildet, der meist zwischen 60% und 80% lag. Entsprechend diesem Satz wurde die Anzahl der Streikenden und Ausgesperrten der Städte berechnet. Diese Schätzwerte sind in Klammern () gesetzt. Da die städtischen Arbeiter im allgemeinen stärker organisiert und an Arbeitskämpfen beteiligt waren als ihre Kollegen im umgehenden Regierungsbezirk, dürfte der Schätzwert der Arbeitskampfbeteiligung zu niedrig liegen. Einzige Ausnahme: Im Regierungsbezirk Düsseldorf dürfte die Arbeitskampfbeteiligung der Ruhr-Bergarbeiter über der der städtischen Arbeiter gelegen haben.

Provinz Hessen-Nassau mit dem Zentrum Frankfurt und teilweise auch das Königreich Sachsen. Während Bezirk und Landeshauptstadt Dresden zum nord-mitteldeutschen Muster zu zählen sind, tendierten Leipzig und sein Umland stärker zum süddeutschen Muster mit relativ niedriger Streik- aber extrem hoher Organisationsbeteiligung.

Bis 1914 haben sich die Unterschiede im Nord-Süd-Gefälle zwar etwas abgemildert, aber keineswegs aufgehoben (wie ein Vergleich von Spalte 2 und 3 in Tabelle 11 zeigt). Eine hier aus Platzgründen nicht weiter ausgeführte Erörterung der Entwicklung der Arbeitskampfbeteiligung zwischen 1889 und 1914 bestätigt die Tendenz zur Abschleifung der Hochburgen. Wie schon die Aussperrungsverteilung zeigte, hatte sich besonders ab 1909 auch südlich der Mainlinie eine deutliche Zunahme der Arbeitskampfbeteiligung und damit eine markante Zuspitzung des sozialen Klimas ergeben.

Eine flächendeckende Erhebung der kommunalen Arbeitskampfbeteiligung würde sicherlich weitere Insellagen (wie z. B. Nürnberg) zu Tage fördern. Diese wären zum einen in den östlichen Provinzen zu vermuten (Breslau, Königsberg), zum anderen wären auch Städte wie beispielsweise Braunschweig hervorzuheben, deren Arbeitskampfbeteiligung vor 1914 ständig abnahm. Gerade unter den frühen Zentren der Arbeiterbewegung (Braunschweig, Gotha, Mecklenburg, aber auch Köln, das Rhein-Main-Gebiet) befinden sich einige, die nicht dem Modell von extrem hoher Arbeitskampfbeteiligung folgten⁹⁴.

Ein drittes Modell von Arbeitskampf- und Organisationsbeteiligung ist noch zu erörtern. Während bei den vorgenannten Organisationsgrad und Tarifvertragsbeteiligung über der Arbeitskampfbeteiligung im Reichsdurchschnitt rangierte, verhielt sich dies in den in Tabelle 12 aufgeführten Regionen umgekehrt. Eine Auszählung der Regionen, bei denen die Beteiligung am Arbeitskampf deutlich über der Gewerkschafts- und Tarifvertragsverteilung lag, ergibt ein interessantes Bild: Nur preußische Provinzen gehörten zu dieser Kategorie. Im wesentlichen handelt es sich um die agrarisch geprägten Ostprovinzen, die schwerindustriellen Zentren und die Reichslande Elsaß-Lothringen, bei denen die Arbeitskämpfe weiter verbreitet waren als die Organisationsbeteiligung. Die Provinzen Brandenburg (mit einem hohen Anteil „tariffreier“ Textilindustrie, Sachsen und Schleswig-Holstein) bildeten hier die überraschenden Ausnahmen, bei denen zwar die Gewerkschaftsdichte relativ hoch, die Verbreitung der Tarifverträge jedoch äußerst schwach ausgebildet war.

Abschließend sei die eingangs aufgeworfene Frage, ob das insgesamt „mildere Gepräge“ der süddeutschen Sozialdemokratie auch mildere industrielle Sozialbeziehungen hervorgebracht habe, nochmals aufgegriffen. Eine schlüssige Antwort kann hier aus methodischen Gründen nicht gegeben werden. Zum einen ist die Untersuchungseinheit der Bundesstaaten zu groß, zum anderen kann der rein quantitative Weg nur

⁹⁴ Über den Einfluß, den relative Streikarmut und hohe Tarifvertragsbeteiligung haben können, informieren einschlägige Lokalstudien, z. B. *Boll, Massenbewegungen*; *Erhard Lucas*, *Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung* (Frankfurt 1976). Zusammenfassend: *Adelheid von Saldern*, *Arbeiteradikalismus – Arbeiterreformismus*. Zum politischen Profil der sozialdemokratischen Parteibasis im Deutschen Kaiserreich. Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Vergleichsstudien, in: *IWK* 20 (1984) 483–498.

Tabelle 12: Regionen mit einer weit über der Organisationsbeteiligung liegenden Arbeitskampf-beteiligung 1899/1914

	An Arbeitskämpfen Beteiligte pro 1000 Arbeiter (in v. H. des Reichsdurchschnitts)	Gewerkschaftsmitglieder pro 1000 Arbeiter 1906
Ostpreußen	68	39
Westpreußen	68	43
Pommern	119	88
Posen	82	30
Schlesien	79	57
Westfalen	172	87
Rheinland	74	51
Elsaß-Lothringen	80	23
		An Tarifverträgen Beteiligte pro 1000 Arbeiter 1912
Preußen	106	83
Brandenburg	85	40
Posen	82	74
Schlesien	79	70
Sachsen	86	72
Schleswig-Holstein	117	72
Hannover	108	80
Westfalen	172	36
Elsaß-Lothringen	80	36

Quellen: Wie Tabelle 11.

Hinweise für vertiefende Lokalstudien geben. Soweit diese vorliegen, verweisen sie nicht selten auf ebenso verhärtete Sozialbeziehungen wie in den Industriestädten Nord- und Mitteldeutschlands. Erwähnt sei die massive Streikunterdrückung in der Augsburger Textilindustrie oder die schon 1900 einsetzende Aussperrungspraxis zunächst im Baubereich (vor allem Münchens), dann in der Pirmasenser Schuhindustrie 1903 und schließlich in der gesamten bayerischen Metallverarbeitung 1905⁹⁵. Offenbar haben jedoch die scharfen Konfrontationen in diesen industriellen Inseln die jeweiligen sozialdemokratischen Landesparteien nicht entscheidend prägen können⁹⁶.

⁹⁵ Ilse Fischer, Maurer- und Textilarbeiterstreiks in Augsburg 1899–1914, in: Tenfelde, Volkmann, Streik, 74–90; im folgenden zitiert: Fischer, Augsburg; Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 134, 141, 148, 157, 164, 171 und 178 (Berlin 1900 ff.); Elisabeth Jüngling, Streiks in Bayern (1889–1914). Arbeitskampf in der Prinzregentenzeit (München 1986) 30 f.

⁹⁶ Selbstredend kann vom „milderen Gepräge“ der jeweiligen Sozialdemokratischen Landespartei nicht auf die lokale Parteiorganisation oder gar auf die jeweilige Gewerkschaftsbewegung geschlossen werden. Der nach Abschluß dieses Manuskriptes erschienene Aufsatz von Karl-Heinrich Pohl, Sozialdemokratie und Gewerbeinspektion: Zum Verhältnis von Staat, Arbeiterbewegung und Arbeitgebern in Süddeutschland zwischen 1890 und 1914, in: VSWG (1988) 457–482, unterstützt außerordentlich stark die hier aufgestellte These. Pohl sieht in der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaften, vor allem den Arbeitersekre-

Offenkundig ist, daß die streikintensiven Inseln Süddeutschlands wie z.B. Nürnberg hinter Städten wie Berlin, Düsseldorf oder Dresden nicht zurückstanden (vgl. Tabellen 8 und 11), zum süddeutschen Umland aber in weit stärkerem Kontrast standen als ihre nord- oder mitteldeutschen Vergleichsstädte. Dies ergibt sich auch aus einer Aufstellung von Troelsch/Hirschfeld, derzufolge in Bayern, Württemberg, Sachsen und Elsaß-Lothringen 1896 nur ein sehr geringer Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern in Kleinstädten wohnte (zwischen 2,1% und 5,9%, Reichsdurchschnitt 6,9%), während in den bereits sehr früh und sehr stark im Streikgeschehen involvierten Flächenstaaten bzw. preußischen Provinzen Mecklenburg-Schwerin (32,7%), thüringischen Kleinstaaten (18,2%), Schleswig-Holstein (15,3%), Brandenburg (9%), interessanterweise aber auch in Baden (11,6%) und im Großherzogtum Hessen (13,5%), teilweise ganz beträchtliche Anteile der Gewerkschaftsmitglieder in Kleinstädten unter 5000 Einwohnern ansässig waren⁹⁷.

Die ausgeprägte Insellage mit hoher Gewerkschaftszahl und starker Arbeitskampfbeteiligung haben wir (laut Tabelle 11) nur für Nürnberg festgestellt. Die süddeutschen Residenzstädte Stuttgart, München und vor allem Mannheim weisen einen ebenso hohen Organisationsgrad auf (ca. das Dreifache des Reichsdurchschnitts) wie etwa Hannover, Berlin oder die Hansestädte, erreichen bei der Streikbeteiligung (bis 1905) allerdings nur $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{4}$ der Vergleichsstädte. Diese außerordentliche Diskrepanz verweist vermutlich doch wieder auf ein abgemildertes soziales Klima, vor allem in Württemberg und Baden. Festzuhalten bleibt die statistisch ermittelte Tatsache, daß südlich der Mainlinie (teilweise sogar schon ab der Linie Köln-Kassel) der Arbeitskampf eine weitaus geringere Rolle gespielt hat als in den anderen Reichsteilen. Nürnberg und vermutlich Augsburg waren hier offenbar Außenseiter⁹⁸. Man könnte dies auf eine insgesamt langsamere und begrenzte Industrialisierung zurückführen, die die Ausbildung einer ruhigeren, pragmatischeren Arbeiterbewegung begünstigte. Dagegen spricht allerdings die überraschende Tatsache, daß die süddeutschen Bundesstaaten mit Ausnahme Württembergs an der Streikwelle von 1871/75 durchaus angemessen beteiligt waren (Tabelle 7). Diese frühe Mobilisierung der Arbeiterschaft reichte offenbar bis in die abgelegensten Industriedörfer des Reiches. Dies sollte als ein Hinweis auf die Bevorzugung der punktuellen Streikkoalition des provinziellen, kleinstädtischen Raumes gegenüber der dauerhaften Organisationsmitgliedschaft gewertet werden⁹⁹. Die aufgeführten Beispiele der kleinstädtischen Streikteilnahme 1871/75 und 1889/90 lassen sich als eine für Streikwellen typische Mobilisierung in

tariaten, und der Gewerbeinspektion ein „Charakteristikum Süddeutschlands“ (S. 469). Dieses sowie die bessere Einrichtung und Durchführung der Gewerbeinspektion dürfte den reformistischen Gewerkschaftsflügel gestärkt haben. Vermittlung bei Streiks und Lohnbewegungen sowie die Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen seitens der Gewerbeinspektion hat sich offenbar auch in den hier vorgelegten Statistiken niedergeschlagen. Eine statistisch abgesicherte Einzelfallanalyse dieser Tätigkeit steht jedoch noch aus.

⁹⁷ *Troeltsch, Hirschfeld*, Gewerkschaften, 106* ff. Dies hatte sich bis 1903 nicht wesentlich geändert.

⁹⁸ *Fischer*, Augsburg.

⁹⁹ Siehe den Beitrag *von Salderns* in diesem Band.

die Breite verstehen, wie wir sie auch aus den Jahren der Deutschen Revolution von 1919/20 her kennen¹⁰⁰.

In der vorgelegten Untersuchung wurde das Ziel verfolgt, grundlegende Differenzen in der Mobilisierung der Arbeiterschaft durch den Arbeitskampf offenzulegen. Erklärungen für diese Unterschiede können nur durch die Einbeziehung weiterer Faktoren wie Stärke und Verhalten der Arbeitgeberseite, regionale Lohnunterschiede, Betriebsgrößen und unterschiedliche politisch-ideologische Strömungen herausgefunden werden. Am Beispiel der beiden gemischtindustriellen Residenzstädte Braunschweig und Hannover wurde dieser breite Untersuchungsansatz durchgeführt¹⁰¹. Dabei konnte u. a. die Tatsache hervorgehoben werden, daß geringe Arbeitskampfbeteiligung nicht mit reformistischer, hohe Kampfbeteiligung nicht per se mit radikaler Ausrichtung der lokalen Arbeiterbewegung identifiziert werden dürfen. Braunschweig bietet ein interessantes Beispiel für eine sehr frühe, kampfstärke Arbeiterbewegung, die noch 1871/75 mit etwa dem Sechseinhalbfachen des Reichsdurchschnitts die absolute Spitze an Arbeitskämpfen pro 1 Million Arbeiter erzielt hatte (Tabelle 7), im Vorkriegsjahr fünf 1909/13 aber fast in die letzte Gruppe der Arbeitskampfbeteiligung abgesunken war (68% des Reichsdurchschnitts)¹⁰². Dies war einer ökonomisch erfolgreichen und selbstbewußten Arbeiterschaft zuzuschreiben, die 1913 sogar im großbetrieblichen Metallverarbeitungsbereich erste Tarifvertragserfolge vorweisen konnte¹⁰³. Dennoch gehörte die braunschweigische Arbeiterbewegung zu den radikalsten Anhängern der Massenstreikagitation, weil ihre ökonomische Stärke mit einer beispiellosen politischen Entrechtung (kein einziges Landtagsmandat!) einherging¹⁰⁴. Im braunschweigischen Fall von einem milderen sozialen Klima zu sprechen, wäre völlig unangebracht. Niedrigere Arbeitskampfbeteiligung bei gleichzeitig hohem Organisationsgrad und starker tarifvertraglicher Bindung sprechen wohl am deutlichsten für ein organisatorisches Übergewicht der Gewerkschaftsseite gegenüber der Arbeitgeberseite, das nicht zuletzt durch das Fehlen industrieller Massenbetriebe verursacht war. In dieser Richtung könnten Parallelen zwischen süddeutschen und mitteldeutschen Industriestädten wie Braunschweig oder Jena auszumachen sein. Dort, wo dieses gewerkschaftliche Übergewicht vorhanden war und die hochkonzentrierte Kapitaleite weitgehend fehlte, stand der Weg zur tarifvertraglichen Lösung des Sozialkonflikts offen¹⁰⁵.

¹⁰⁰ Ebda. Die Sozialbeziehungen des kleinstädtischen Raumes sind nicht nur wegen der anderen Wohnformen völlig anders zu bewerten. Landwirtschaftlicher Nebenerwerb, geringere Stellenwechsel, Abhängigkeit von wenigen Arbeitgebern, höheres Durchschnittsalter der Arbeiter sind einige der wichtigsten abweichenden Faktoren.

¹⁰¹ Boll, Massenbewegungen.

¹⁰² Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 280. Streiks und Aussperrungen im Jahre 1915 (Berlin 1916) 25, Tabelle 3, (Streikende und Ausgesperrte 1899–1914).

¹⁰³ Boll, Massenbewegungen, 78 f.

¹⁰⁴ Ebda., 116, 133.

¹⁰⁵ Ausführlich Volkmann, Organisation und Konflikt, sowie Ilse Costas, Auswirkungen der Konzentration des Kapitals auf die Arbeiterklasse in Deutschland (1880–1914) (Frankfurt/New York 1981).

IV

War die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1914 an eine Grenze gestoßen, die sie aus eigener Kraft kaum hätte überwinden können? Der sprunghafte Anstieg der Aussperrungszahlen und das Sinken der Streikerfolge sind laut Volkmann als sichere Anzeichen eines Organisationsvorsprungs der Arbeitgeber vor allem im großbetrieblichen Bereich zu werten, so daß der noch in der Streikwelle von 1905/06 deutliche Gewerkschaftsvorsprung nicht mehr bestand¹⁰⁶. Das Emporschnellen der wirtschaftsfriedlichen Verbände gerade im chemie- und metallindustriellen Großbetrieb mit Ausnahme der Werften, die Blockade dieser Branchen gegenüber dem Tarifvertrag und die bedeutenden Arbeitskampfniederlagen ab 1912 sind umso gravierender zu werten, als sie nicht – wie Domansky gemeint hat – auf organisatorische und ideologische Rückständigkeit der betroffenen Gewerkschaftsverbände zurückzuführen sind¹⁰⁷. So hatte der Deutsche Metallarbeiterverband seine Agitation seit den großen Aussperrungsniederlagen von 1906 vom Prinzip der Vollversammlung der 1880er Jahre gelöst und die schon vor der Jahrhundertwende begonnene Betriebsarbeit enorm intensiviert. Die Tätigkeit der lokalen Verwaltungsstellen wurde durch diese großbetriebliche Agitation weit stärker in Anspruch genommen als durch Lohnbewegungen ihrer im Handwerksbereich arbeitenden Mitglieder¹⁰⁸. Daß die Durchsetzung des 9-Stundentags 1912 in Mittel- und Norddeutschland scheiterte, lag nicht an mangelnder Betriebsnähe des Verbandes, sondern an der Übermacht der norddeutschen Arbeitgebervereinigung¹⁰⁹.

An der Entwicklung der lokalen Zweigvereine läßt sich die sektorale und geographische Ausbreitung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, aber auch ihre Stagnation in der Vorkriegsstreikwelle, nochmals deutlich ablesen¹¹⁰. Zwischen 1893 und 1914 hatte sich die Zahl der Zweigvereine etwa verdreifacht. Als die bedeutendsten Aufschwungphasen sind die Jahre zwischen 1895 und 1900 und 1903/1906 anzusehen, wobei die stärkste Ausbreitung genau mit den streikintensivsten Jahren zusammenfiel. 1899 fand ein Zuwachs um 21% Punkte, 1905 um 27%, 1906 um etwa 37% Punkte (jeweils bezogen auf 1893) statt. Von da an hat sich die territoriale Ausbreitung der sozialdemokratischen Gewerkschaften ganz entscheidend verlangsamt. Im Gesamtzeitraum zwischen 1906 und 1914 wuchs die Zahl der Zweigvereine nur noch um 30,5% Punkte. Am Ende des Jahres 1909 gab es insgesamt 12 890 Zweigvereine,

¹⁰⁶ Volkmann, Organisation und Konflikt; ähnlich Schönhoven, Arbeitskonflikte in Konjunktur und Rezession.

¹⁰⁷ Elisabeth Domansky-Davidsohn, Arbeitskämpfe und Arbeitskampfstrategien des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von 1891 bis 1914 (Phil Diss. Bochum 1981) 44 ff.

¹⁰⁸ Boll, Massenbewegungen, 84. Der DMV Hannover führte beispielsweise 1913 nur 13 Mitgliederversammlungen, aber 848 „Werkstattversammlungen“ durch. – Über die Entwicklung der Betriebsarbeit in den 1890er Jahren siehe Troeltsch, Hirschfeld, Gewerkschaften, 59.

¹⁰⁹ Boll, Massenbewegungen, 81 ff.; Deutscher Metallarbeiter-Verband, Jahrbuch 1912 (Stuttgart 1913), 213 ff.

¹¹⁰ Siehe Tabelle 13. Auch die folgenden Angaben sind nach den statistischen Beilagen des Correspondenzblattes berechnet.

Tabelle 13: Zweigvereine der sozialdemokratischen Gewerkschaften

Jahr	Verbände	Zweig-Vereine	Zunahme gegen 1893
1890		3 150	
1893	51	4 133	100
1894	54	4 350	105,25
1895	53	4 819	116,60
1896	51	5 430	131,38
1897	56	6 151	148,83
1898	57	6 756	163,46
1899	55	7 623	184,44
1900	58	8 220	198,89
1901	57	8 366	202,42
1902	60	8 634	208,90
1903	63	9 264	224,15
1904	63	9 569	231,53
1905	64	10 690	258,65
1906	66	12 202	295,23
1907	61	12 062	291,85
1908	60	12 189	294,92
1909	57	12 890	311,88
1910	53	13 091	316,74
1911	51	12 834	310,53
1912	48	13 581	328,60
1913	47	13 461	325,70
1919	52	23 826	576,48

Quelle: Zusammenstellung nach den jährlichen statistischen Angaben des Correspondenzblattes 1891, 1894–1920.

Bemerkung: Der Buchdruckerverband hatte 1905 seine lokalen Zweigstellen (1187) in 22 Bezirke zusammengefaßt. Entgegen den Statistiken des Correspondenzblattes sind ab 1906 die 1187 Zweigstellen, nicht aber die 22 Bezirke des Buchdruckerverbandes mitgezählt worden.

Ende 1913 13 461. Diese Entwicklung ist zum Teil auf Verbandszusammenschlüsse z. B. der Bauhilfsarbeiter und Maurer 1910 oder der Metallarbeiter und Schmiede 1912 zurückzuführen. Andererseits dürfte der zahlenmäßige Verlust durch den Hinzutritt der 555 Zahlstellen des Landarbeiterverbandes 1912 und die der Handlungsgehilfen (233) 1913 mehr als ausgeglichen worden sein. Betrachtet man nur die größeren Verbände, so hatten Bergarbeiter (+ 102), Holzarbeiter (+ 44) und Zimmerer (+ 102) zwischen Ende 1910 und Ende 1913 ihre territoriale Ausbreitung noch erhöhen können, während Fabrikarbeiter (– 24), Maler (– 8), Schmiede (– 9), Schuhmacher (– 10), Tabak- (– 9) und Textilarbeiter (– 21) Verluste verzeichnen mußten. Bäcker und Metallarbeiter zeigten eine geringe Zunahme an Zahlstellen (+ 4, + 10). Auch dieses Ergebnis zeigt, daß trotz enormer Streik- und Organisationsanstrengungen die sozialdemokratischen Gewerkschaften an eine klar erkennbare Entwicklungsgrenze gestoßen waren. Die Erfolge früherer Streikwellen hatten sich nicht wiederholen lassen. Aussperungspraxis und sogar das Tarifvertragswesen waren zu Fesseln geworden, die erst mittels einer erneuten Kampfzeit aufgebrochen werden konnten. Dies zeigt die Nach-

kriegsstreikwelle. Bis Ende 1919 war das Netz der Zweigvereine nochmals verdoppelt worden, obwohl das Deutsche Reich einige Provinzen eingebüßt hatte. Dieser Zuwachs war nicht nur das Ergebnis neu hinzugetretener Verbände wie der Eisenbahner mit 1083 Zweigstellen oder der Landarbeiter (7800 Zweigstellen). Mit Ausnahme der Bauarbeiter hatten fast alle anderen Verbände ihr Zweigstellennetz während der Nachkriegsstreikwelle enorm ausbauen können: Bergarbeiter (+ 747), Handlungsgehilfen (Angestellte) (+ 304), Fabrikarbeiter (+ 242), Metallarbeiter (+ 205), Schneider (+ 31), Schuhmacher (+ 75), Tabakarbeiter (+ 68), Zimmerer (+ 94).

Im Vergleich der Streikwelle von 1889 bis 1920 fallen die Jahre 1910/13 als diejenigen auf, die kaum eine territoriale Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung mit sich gebracht haben. In keiner anderen Streikwelle zuvor und danach waren die gewerkschaftlichen Erfolge so minimal, die Aussperrungspraxis so dominant, der Mitgliederzuwachs so gering, der Organisationsfortschritt der Gegenseite so mächtig (Arbeitgeber und Gelbe), der Zuwachs an neuen Zweigstellen so begrenzt und die Konflikte innerhalb der Organisationen aufgrund schlechter Arbeitskampfergebnisse so virulent und selbst der Tarifvertrag in seinem Zuwachs so sektoral eingegrenzt bzw. zum Knebelinstrument umfunktioniert worden wie zwischen 1910 und 1914.

Ohne eine erneute, äußerst harte und vielleicht auch turbulente Arbeitskampfwelle mit vermutlich politischem Einschlag waren die beschriebenen Grenzen wohl kaum zu überschreiten.